

SEIT
1946

10/2018

ZUKUNFT

DIE DISKUSSIONSZEITSCHRIFT FÜR POLITIK, GESELLSCHAFT UND KULTUR



SAGMEISTER & WALSH: Beauty

MAK

Klasse sichtbar machen
Barbara Blaha

**Marshallplan für Afrika –
eine reale Option?**
Josef Falkinger

**„Es gibt keine Versicherungspolice
für Traditionsparteien“**
Ulrich Brand

Marx biographisch
von Armin Puller

EDITORIAL

Die Wahlkampfkostenüberschreitung der Regierungsparteien bei den Nationalratswahlen 2017, die Ende Oktober bekannt wurde, ist in mehrerlei Hinsicht bemerkenswert. Da ist zunächst das Offensichtliche: die Unverschämtheit, mit der beide Parteien ihr Vergehen als geradezu zwingende Notwendigkeit darstellen und gleichzeitig ohne jede Grundlage anderen unterstellen, zu schummeln. Noch wichtiger scheinen aber zwei andere Aspekte: Die Wahlkampfmanager beider Parteien hatten bis kurz vor Ende des Wahlkampfes behauptet, die Kostengrenze einzuhalten. Es ist kaum vorstellbar, dass für beide, wenige Wochen vor dem Wahltag, eine Kostenüberschreitung von 50–100% nicht absehbar gewesen wäre. Haben sie also die Unwahrheit gesagt? Oder hat es ihnen an der Kompetenz gefehlt, ihr Budget zu verwalten? Beides wirft doch Fragen nach ihrer Befähigung auf, ihr derzeitiges Amt auszuüben. Denn die Wahlkampfmanager von gestern, Elisabeth Köstinger und Herbert Kickl, sind die Regierung von heute.

Noch spannender ist aber eine andere Frage: Woher kam eigentlich das Geld, das Köstinger und Kickl so spendabel verausgabt haben? Dem Rechnungshof wurden von der ÖVP im Jahr 2017 Großspenden im Ausmaß von 0,5 Mio. Euro gemeldet. Deutlich zu wenig, um ungeplante Mehrkosten iHv 6 Mio. Euro abzudecken. Woher kam also das Geld? Und wie wurde es deklariert? Es ist nachvollziehbar, dass Kanzler Kurz zu diesen Fragen schweigen will. Die Öffentlichkeit hat aber ein Recht zu erfahren, wer durch Geldflüsse in dieser Dimension möglicherweise Einfluss nimmt auf das politische Geschehen!

Am Beginn dieser Ausgabe stehen die Überlegungen von Barbara Blaha zur Frage, welche Bedeutung der Klassenbegriff heute in Politik und Wissenschaft spielt und warum er mehr denn je seine Berechtigung hat.

In Fortsetzung seines grundlegenden Beitrags zu einer sozialdemokratischen Positionierung zur Migrationspolitik stellt Josef Falkinger vor, welche konkreten wirtschaftspolitischen Maßnahmen die Bekämpfung von Fluchtursachen erfordert und wie ein echter Marshall-Plan für Afrika aussehen müsste.

Im Schwerpunkt dieser Ausgabe analysiert Ludwig Dvořák den Stand der Brexit-Verhandlungen und welche innenpolitischen Hindernisse der Einigung auf eine Verhandlungslösung im Wege stehen.

Im Interview mit Jon Lansman erläutert der Corbyn-Unterstützer und Gründer der britischen Graswurzel-Bewegung Momentum nicht nur die Gründe, die für den Erfolg der Brexiteers beim Referendum ausschlaggebend waren, sondern v.a. auch, wie die Linke mit einer Basisbewegung von unten erfolgreich sein kann.

Der Politikwissenschaftler Ulrich Brand stellt Andrea Ypsilantis einsichtsvolle Analyse in die Krise der SPD und der europäischen Sozialdemokratie vor.

Und Armin Puller rundet das Heft mit einem, wie immer, fundierten Überblick über die im Marx-Jahr am Markt erschienenen Marx-Biographien ab.

Wir wünschen gute Unterhaltung beim Lesen und Schauen!

LUDWIG DVOŘÁK
Gf. Chefredakteur

Inhalt



SAGMEISTER & WALSH: Beauty

Sagmeister & Walsh, Obsessions make my life worse and my work better [Obsessionen verschlechtern mein Leben und verbessern meine Arbeit], 2016

© Sagmeister & Walsh, New York

6 KLASSE SICHTBAR MACHEN

VON BARBARA BLAHA

12 Marshallplan für Afrika – eine reale Option?

VON JOSEF FALKINGER

SCHWERPUNKT:

„UK - ZWISCHEN BREXIT UND LINKSRUCK?“

16 Auf Messers Schneide

VON LUDWIG DVOŘÁK

22 „Corbyn ist die Galionsfigur einer anderen Politik“

VON JON LANSMAN

28 „Es gibt keine Versicherungspolice für Traditionsparteien“

VON ULRICH BRAND

36 Marx biographisch

VON ARMIN PULLER

Klasse sichtbar machen

Im Marx-Jahr hat auch der Klassenbegriff neue Aktualität gewonnen. Nachdem nicht zuletzt im Zuge der Wahlerfolge rechter Parteien die „ArbeiterInnenklasse“ als politisches Subjekt wieder entdeckt wurde, widmete sich der Momentum-Kongress 2018 der „Klasse“. **Barbara Blaha** steckt in diesem Text, der auf ihrer Eröffnungsrede des Kongresses basiert, den Rahmen ab.

Ich stamme aus einer Simmeringer Arbeiterfamilie und wurde in den sozialistischen Jugendorganisationen sozialisiert. Man könnte deshalb vielleicht meinen, Klasse müsste mir seit je her aus eigener Anschauung geläufig sein. Was ich tatsächlich kannte, das war kein Geld zu haben, Skikurse nicht bezahlen zu können, jedes Jahr wieder aufzeigen, wenn gefragt wurde, ob jemand Hilfe vom Elternverein brauche. Und seit meiner Zeit in sj und vsstö wusste ich auch theoretisch, was Klasse ist. Aber praktisch wusste ich es nicht. Meine erste Praxislektion bekam ich 2003, bei der großen öGB-Demonstration gegen die schwarz-blaue Pensionsreform. Im strömenden Regen stand ich damals auf dem Dach eines Klein-LKW in der Mariahilfer Straße und sah, wie sich der Demo-Zug vom Westbahnhof in Bewegung setzte. Ein Zug von über hunderttausend Menschen kam direkt auf mich zu – es war mächtig. Das Besondere war, dass die Situation nicht im Geringsten etwas Bedrohliches an sich hatte. Weil nicht die mächtig waren und ich nicht. Sondern weil wir mächtig waren. Als mich der Zug erreicht hatte waren rund um mich lachende Gesichter, glückliche Augen unter Regenschirmen und Anorak-Kapuzen. Wenn ich in ein Wort fassen müsste, wie die Stimmung an diesem Tag im Regen war, dann würde ich sagen: Sie war euphorisch. Sie war euphorisch, weil ich nicht die einzige war, die zum ersten Mal kollektive Kraft gespürt hat. Was geblieben ist von diesem Tag: dass wir viele sind. Dass wir immer mehr sein werden. Ich weiß noch, dass ich die ganze Zeit an die Doors denken musste: They have the guns – but we have the numbers!

Das zweite Mal, als ich Klasse praktisch erlebt habe war 2014 im britischen Cardiff. Statt hunderttausend Demo-TeilnehmerInnen waren es diesmal vielleicht zweihundert Leute in einem Community Center, das kurzfristig zum Kino umfunktioniert worden war. Die Veranstaltung war dem dreißigsten Jahrestag des Bergarbeiterstreiks 1984 gewidmet. Gezeigt wurde eine Collage von Aufnahmen von damals, zum

Teil mit Originaltönen, zum Teil unterlegt mit Kommentaren und Musik. Man sah Demonstrationen, Versammlungen, Protestaktionen, Streikposten, brennenden Thatcher-Puppen und schließlich Aufnahmen der „Battle of Orgreave“, das waren die schwersten Zusammenstöße mit der Polizei während des ganzen Streiks. Der Orgreave-Teil des Filmes war stumm. Auf der Leinwand war zu sehen, wie die Polizei auf Demonstranten einprügelte, Abteilungen zu Pferd in Menschenmengen ritten. Und dann der Gegenschnitt: Szenen von Demonstranten die die Polizei verhörnten, zurückschlugen, überhaupt ihrerseits die Polizei angriffen.

Und während die Bilder sich abwechselten, fing jemand in diesem dunklen Raum an zu summen. Ich kannte das Lied nicht, erst nachher habe ich erfahren, dass es „Here we go“ war: die Hymne der Bergarbeiterfrauen. Auf der Leinwand Leute, die sich mit der Polizei prügelten, die festgenommen und weg geschleift wurden. Im Raum nur dieses einsame Summen. Und mit einem Mal fiel der restliche Saal in das Summen ein. Ein wütendes, trotziges Unterstützungssummen. Eine spontane musikalische Verneigung vor dem Streik. Und eine kollektive Abneigungsbekundung gegenüber der Obrigkeit. Es war überwältigend.

EIN KONTROVERSIELLES THEMA

In der Geschichte von Momentum gab es noch kein Kongress-Thema, das so kontrovers diskutiert wurde wie das heurige: „Klasse“. Auf der einen Seite hat uns eine ganze Reihe positiver Rückmeldungen erreicht und gehört der heurige Kongress in puncto Publikumsinteresse zu den absoluten Spitzenreitern in der Geschichte der Reihe. Ich will aber gar nicht verhehlen, dass uns auch eine ganze Reihe kritischer Kommentare erreicht hat.

Ich möchte an dieser Stelle die Gelegenheit nützen, um auf die Kritik im Vorfeld einzugehen. Aber ich sage von Be-

ginn an dazu: ich will es nicht bei einer Verteidigung bewenden lassen. Ich bin die Defensive leid. Die Kategorie „Klasse“ hat nicht nur eine Berechtigung – sie ist notwendig. Und es ist hoch an der Zeit, das auch selbstbewusst auszusprechen.

Vorerst aber zu den Einwänden. Ich hoffe niemandem Unrecht zu tun, wenn ich sie in drei Kernaussagen verdichte:

Erstens ist da die „ideologische Mottenkiste“, von der mir jemand geschrieben hat und weiter meinte „Klasse“ sei ein „substanzloser, marxistischer Kampfbegriff“. Nun wird niemand bestreiten, dass Karl Marx und Friedrich Engels entscheidenden Anteil an der Entwicklung der Klassentheorie hatten. Wem das als Grund ausreicht, sich nicht weiter damit zu beschäftigen steckt intellektuell noch immer in den Schützengräben des Kalten Krieges. Was bliebe denn übrig von den heutigen Geistes-, Sozial- und Wirtschaftswissenschaften, wenn wir pauschal alles zu Unsinn erklärten, was Marx und Engels dazu geschrieben haben?

Zugleich stimmt natürlich, dass die Theorien der beiden Herren seit dem 19. Jahrhundert weiterentwickelt wurden, dass sie aber auch verkürzt und verfälscht wurden. Gerade im früheren Ostblock hat man sehr erfolgreich hoch dynamische Ansätze aus dem Marxschen Denken in doktrinaire, mechanistische Schemata gepresst. Damit wurden sie ausgehöhlt und entwertet. So auch die Klassentheorie. „Klasse“ wurde stur ökonomistisch definiert, im Grunde gab es nur Arbeiterklasse und Bourgeoisie und dazwischen viel falsches Bewusstsein. Wer das kritisiert, tut es mit Recht, darf aber doch nicht übersehen, dass der Stalinismus und seine geistigen Ausläufer keinen Alleinvertretungsanspruch hatten. Es gibt viele andere, wesentlich innovativere Zugänge und mit deren Hilfe lässt sich viel lernen.

Der zweite Einwand gegen den Klassenbegriff, der uns im Vorfeld erreichte: Klasse sei keine geeignete Kategorie mehr, um die die vielfältigen Arbeits- und Lebensformen im postindustriellen Zeitalter zu fassen. Verwendete man den Begriff trotzdem, stülpe man der Gesellschaft etwas über, was da in Wirklichkeit nicht sei, Klasse als Forschungskategorie sitze also einem Zirkelschluss auf.

An diesem Vorhalt ist insoferne etwas Wahres, als wir tatsächlich die Existenz von Klassen voraussetzen. Wir gehen von existierenden, fundamentalen ökonomischen Interessensgegensätzen in unserer Gesellschaft aus, von einem

Machtgefälle zwischen unterschiedlichen Interessensgruppen und von ganz verschiedenartigen kulturellen Überformungen all dessen.

Indem wir die Kategorie Klasse zum Konferenz-Motto machen, nehmen wir also nicht nur Stellung für etwas, sondern auch gegen eine bestimmte Vorstellung, die im 19. und 20. Jahrhundert Katholisch-Konservative und Völkisch-Liberale populär zu machen versucht haben: dass es keinen Widerspruch zwischen Arm und Reich gebe, dass der Arbeiter im Gegenteil doch den Unternehmer ebenso brauche wie dieser ihn. „Geht's der Wirtschaft gut, geht's den Menschen gut“ hat die österreichische Wirtschaftskammer das hundert Jahre später in einen Slogan gegossen. Man denkt instinktiv an George Orwell, der ironisch bemerkte, dass offenbar jede Generation aufs Neue versuche, den Klassenkampf zu begraben, ohne die Klassen zu beseitigen. Und jede scheitere damit unweigerlich wieder.

Niemand wird leugnen, dass sich in den letzten hundert Jahren wirtschaftliche und soziale Rahmenbedingungen massiv verändert haben. Aber sind wir deshalb zu einer Gesellschaft von Freien und Gleichen geworden? Nein. Die Machtverhältnisse sind nicht verschwunden, sie haben sich nur ebenfalls verändert. Das gilt es in der Analyse zu berücksichtigen. Sobald wir dabei größere Gruppen und Interessen in den Blick nehmen, kommen wir um den Klassenbegriff nicht herum. Wie sonst lässt sich eine Gesellschaft beschreiben,

- in der das oberste Prozent so viel besitzt wie die unteren 90 Prozent?
- in der die einen Interessen – ohne jede demokratische Legitimation – aktiven Einfluss sowohl auf das Zustandekommen als auch die Anwendung von Gesetzen haben, während die anderen kaum bis gar nicht berücksichtigt werden?
- in der vor unabhängigen Gerichten für Angeklagte nichts so strafverschärfend wirkt wie ihr sozialer Hintergrund?
- in deren Parlamenten – am Beispiel Österreichs – im Jahr 2018 33mal so viele Unternehmer wie Arbeiter sitzen? Gemessen am Anteil an der Gesamtbevölkerung bin ich als Unternehmer also 200mal stärker vertreten denn als Arbeiter.

Das Gefälle innerhalb einer Gesellschaft lässt sich aber nicht nur im ungleichen Zugang zu Wohlstand und Besitz beschreiben, oder anhand der Repräsentanz in den gesetzgebenden Körperschaften. Wenn eine Familie, ein großteils anonymes Konsortium, das mit eben dieser Familie verbandelt ist und der Verlag der Katholischen Kirche darüber bestimmen, was vier Fünftel der täglichen ZeitungsleserInnen an Informa-

tion vorgesetzt bekommen – dann sollen wir es nicht mit oligarchischen Strukturen zu tun haben?

Der dritte, mehrfach geäußerte Einwand gegen das Konferenzmotto betraf seine mangelnde Anschlussfähigkeit. „Wenn Du den Klassenbegriff verwendest manövrierst Du Dich selbst ins Abseits. Das ist ein Tabu, hinter dem alles verschwindet“.

Schaut man sich das aber in der Praxis an, stößt man auf ein interessantes Phänomen: „Klasse“ ist nämlich durchaus eine gängige Begrifflichkeit – allerdings eine, die ausschließlich negativ gebraucht wird. Parteien, Gewerkschaften, Unternehmen und Medien werfen einander mit großer Selbstverständlichkeit gegenseitig vor, „Klassenkampf“ zu betreiben. Es soll einen Klassenkampf geben, aber keine Klassen? Das scheint wenig plausibel.

WAS IST DAS EIGENTLICHE PROBLEM MIT DEM KLASSENBEGRIFF?

Wie ist denn aber die energische Ablehnung des Begriffs zu erklären?

Hauptsächlich sicher damit, dass eine Ebene des Klassenkampfes immer im Ringen um die Frage bestand, was denn nun eigentlich soziale Realität sei. Die Vorstellung von Klassen ist unvereinbar mit der „Alle-können’s-schaffen“-Ideologie. Die Existenz von Klassen führt unweigerlich zur Systemfrage: Ein System, das einigen wenigen nützt, auf Kosten der breiten Mehrheit, das soll vernünftig sein? Das soll human sein? Das soll wünschenswert sein? Das Vorhandensein von Klasse zu bestreiten, folgt hier also einem konkreten Zweck, es ist selbst Teil des Klassenkampfes. Das Leugnen von Klassen verwischt gesellschaftliche Strukturen und wirft das Individuum auf sich selbst zurück: Wer kein Kapital hat das man „für sich arbeiten lassen“ kann, wessen Leben keine endlose Abfolge glamouröser Cocktailpartys ist, sondern wer sich von früh bis spät abrackern muss, um gerade mal so über die Runden zu kommen, ist selbst schuld. Es gibt keine gesellschaftlichen Ursachen, es gibt keine Lösungsansätze und erst recht gibt es keine Verantwortlichen. Hätte man sich nur mehr angestrengt. Eine einsame Schuld, ohne Bündnispartner, ohne Ansprüche, ohne Perspektive. Auflehnung zwecklos.

Gerade in der Wissenschaft kommt noch etwas anderes hinzu. Intellektuelle haben historisch fast immer nach oben orientiert. Zumindest gefühlt waren – und sind – Intellektuelle Teil der Elite, man könnte auch sagen: Teil der herrschenden Klasse. Auf den Klassenbegriff reagieren sie daher nicht zuletzt deshalb abwehrend, weil er sie konfrontiert mit

der Zugehörigkeit zu einem Kollektiv, dem sie sich nicht verbunden fühlen. Zugleich beleidigt der Gedanke daran, einer Klasse anzugehören unser postmodernes Ego. Wir sind doch alle Individuen – und jetzt sollen wir plötzlich Teil von Klassen sein?

Bislang war ausgiebig die Rede davon, was gegen den Klassenbegriff vorgebracht wird. Dafür, dass ich eingangs gesagt habe, ich wäre die Defensive, leid war sie ziemlich lang.

POLITISCHER ANSPRUCH DES MOMENTUM-KONGRESS

Die Gründungsidee dieses Kongresses war es, einen Beitrag zu leisten dazu, dass sich Wissenschaft ihrer demokratischen Verantwortung bewusst wird. Das Ziel war und ist es, Menschen zusammen zu bringen, die wissenschaftliche Arbeit immer auch als politische Arbeit begreifen, will heißen: als politisch relevante Arbeit. Das bedingt die Notwendigkeit, sich mit Herrschaftsverhältnissen – sprich mit Klassenverhältnissen – kritisch auseinander zu setzen. Aufgeklärte Wissenschaft steht in der Pflicht, auszusprechen was ist. Sich nicht zu beteiligen am Bemänteln sozialer Realität, sondern an ihrer Offenlegung.

Der Wert unserer Arbeit besteht darin, einen Beitrag zu leisten zum kollektiv Gewussten. Gestützt auf dieses Gewusste kann sich Gesellschaft entwickeln. Wir sind die Fensterputzer und die Spiegelhalter. Und es ist keineswegs egal, ob wir klare Sicht nur punktuell gestatten, oder ob wir die Scheiben umfassend sauber machen. Genauso wichtig ist es, dass der Spiegel, den wir hinhalten, die Wirklichkeit nicht verzerrt. Der Blick in die Welt, der Blick auf sich selbst hat konkrete Folgen. Für das, was wir als Gesellschaft für Probleme halten; dafür welche Lösungsmöglichkeiten wir in Betracht ziehen. Wissenschaft beeinflusst ganz konkret gesellschaftliche Entwicklungsmöglichkeiten. Oder auch Nichtmöglichkeiten.

KLASSE ALS NOTWENDIGE KATEGORIE

Wie wenden wir die Kategorie „Klasse“ fruchtbringend an? Sicherlich geht es darum, sie sichtbar zu machen, Besitz- und Machtverhältnisse zu adressieren, weil damit Realität viel präziser abgebildet ist als ohne. Aber es ist ganz wichtig, dort nicht Halt zu machen. Die Klassenverhältnisse sind keine permanente Dichotomie, sondern werden, wie der Historiker E. P. Thompson schreibt, erst in der Erfahrung von Kämpfen sichtbar. Zugleich folgt aus ihnen per se erstaunlich wenig. Klasse war für Thompson zuerst einmal einfach

„ein sehr lose definierter Zusammenhang von Menschen, die dieselbe Anhäufung von Interessen, Erfahrungen und Traditionen teilen und die dazu neigen als Klasse zu handeln [...] aber Klasse selbst ist kein Ding, sondern ein Geschehen.“

Karl Marx hat das, über seine „Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie“ nachdenkend selbst beunruhigt in einer Randnotiz festgestellt:

„Die Schwierigkeit liegt nicht daran zu verstehen, daß griechische Kunst und Epos an gewisse gesellschaftliche Entwicklungsformen geknüpft sind. Die Schwierigkeit ist, daß sie uns noch [immer] Kunstgenuß gewähren und in gewisser Beziehung als Norm und Muster gelten.“

KLASSE ALS AUSGANGSPUNKT

Die Kategorie Klasse ist also nicht die Antwort, sie ist kein Dogma, auf die alles zuläuft – sie ist der Ausgangspunkt der Untersuchung und diese Untersuchung ist so interdisziplinär als möglich.

Die Frage ist nicht nur, wo Klassen latent vorhanden sind, wo sie sich unter welchen Umständen formieren, die Frage ist auch, wie diese Erfahrung verarbeitet wird, „oben“ wie „unten“.

Die Ära Thatcher wird nicht alleine erklärt durch den Falkland-Krieg und den großen Bergarbeiter-Streik 1984/85. Zu fragen ist doch mindestens ebenso sehr nach dem staatlichen Angriff auf die britische Fan-Kultur in den Fußballstadien, diesen Orten des working-class-Balletts. Zu fragen ist, was der Milk-Snatch eigentlich war, die finanziell völlig unerhebliche Streichung der Gratisschulmilch, die Thatcher nicht nur Hass, sondern auch Anerkennung eintrug. Zu fragen ist, kurz gesagt, wie und weshalb es Thatcher gelang, die mächtige britische Arbeiterbewegung und ein weit verbreitetes Klassenbewusstsein für Jahrzehnte zu brechen.

Nicht minder interessant ist aber auch die Frage, warum Bernie Sanders und Jeremy Corbyn innerhalb von kürzester Zeit mehr oder minder aus dem Nichts Bewegung formen konnten, die mit Klassen-Frames operieren und den öffentlichen Diskurs damit nachhaltig verschoben haben, während im Rest Europas ohne das Klassen-Frame Sozialdemokratien vor sich hin siechen und schrittweise verschwinden.

Überhaupt: Wie passt das zusammen, die Behauptung die kontinentale Sozialdemokratien lägen so darnieder weil ihre

Klientel, die Arbeiterklasse, sich aufgelöst habe – und der Befund, dass eben diese Arbeiterklasse kontinuierlich nach rechts drifte? Didier Eribons „Rückkehr nach Reims“ verdanken wir den Hinweis, welche Bedeutung Kategorien wie „Würde“ und „Stolz“ für Klassenstudien haben. Zugleich, und ich denke das ist ebenfalls zentral, unterstreicht Eribon die Orientierungsfunktion der Kategorie „Klasse“:

„Auf der einen Seite das „Wir“ und das „Mit uns“, auf der anderen das „Sie“ und das „Gegen uns“ [...] Von wem dürfen sich die Ausgebeuteten und Schutzlosen heute vertreten und verstanden fühlen? An wen wenden und auf wen stützen sie sich, um politisch und kulturell zu existieren, um Stolz und Selbstachtung zu empfinden, weil sie sich legitim, von einer Machtinanz legitimiert fühlen“.

Im schlechtesten Fall kränkt der Klassenbegriff also, weil er die Fremdbestimmung klar benennt, weil er per se eine narzisstische Kränkung im Gepäck hat. Zugleich hat er eine wichtige Entlastungsfunktion: Die Klasse durchbricht die Vereinzelung, die lähmt, einschüchtert, beschämt.

Eribons Buch hat die öffentliche Aufmerksamkeit auf die Gefühlslagen der Menschen gelenkt, die sich gedemütigt und ausrangiert fühlen. Was dagegen weitgehend aussteht, ist eine Auseinandersetzung mit den Gemütslagen auf der anderen Seite des gesellschaftlichen Spektrums. Dort findet schließlich Bemerkenswertes statt: einerseits überbordendes Selbstbewusstsein – denken wir nur an den reichsten Österreicher, Dietrich Matteschitz, der, als sich die Belegschaft seines Fernsehsenders erfrechte einen Betriebsrat gründen zu wollen, kurzerhand die Schließung des Senders verfügte. Zugleich sind plötzlich von Bankiers und Industriellen wie Andreas Treichl und Josef Taus ungewohnte Töne zu hören, Kritik am Kapitalismus wird da ebenso laut wie der Ruf nach Erbschaftssteuern. Zu ergründen wäre aber viel mehr: Zwei Studien haben die Besitzverhältnisse der österreichischen Reichen untersucht – aber was wissen wir über deren Lebensführung, über das, was sie für angemessen halten und was nicht? Was ist bekannt über ihre Meinungen, Ängste und Hoffnungen? Was, kurz gesagt, über ihr Klassenbewusstsein?

Würden wir uns auf diese beiden Gruppen beschränken, auf die manuell Arbeitenden und das oberste Prozent Superreiche, wären wir aber immer noch weit entfernt von einem umfassenderen Bild. Denn auch die 99 Prozent sind keineswegs eine homogene Gruppe. Sie weisen hinsichtlich ihrer Situation am Arbeitsmarkt, ihres Bildungszuganges, aber auch

ihres Lebensstandards teils erhebliche Unterschiede auf. Es gibt hier also sowohl kulturelle, als auch wirtschaftliche Unterschiede die nicht wegdiskutiert, sondern erforscht werden wollen.

Der letzte große Themenkomplex den ich im Programm der Tracks ausgemacht habe, behandelt die Art und Weise, wie Klassen aufeinander treffen. Politisch ist das vielleicht der spannendste Aspekt: wie Klassen in der Konfrontation sichtbar werden, wie zwischen ihnen aber nicht nur Brüche, sondern auch neue Bündnisse entstehen.

In drei Wochen feiern wir den hundertsten Jahrestag der letzten ganz großen und dabei erfolgreichen Klassenkonfrontation: Die Gründung der demokratischen Republik am Ende des Ersten Weltkrieges. Der Sturz der fast fünfhundertjährigen Habsburgerdynastie, ein demokratisches Wahlrecht, der Beschluss von Gesetzen, die bis heute das Fundament unseres Wohlfahrtsstaates bilden: Das alles war das Ergebnis einer Klassenkonfrontation, einer Auseinandersetzung von Arbeiter- und Bauernschaft mit den bisherigen Eliten. Diese Konfrontation hatte natürlich viel mit dem Kriegselend zu tun, aber auch mit einer Bevölkerungsgruppe, die bis dahin im öffentlichen politischen Leben praktisch keine Rolle gespielt hatte: mit den Frauen. Die Frauen hatten, als ihre Männer an die Front gegangen waren, deren Stellen in den Betrieben eingenommen. Die Unternehmer hatten das durchaus begrüßt. Frauen bekamen ganz regulär den halben Lohn und waren vor allem nicht gewerkschaftlich organisiert. Sie waren also nicht nur billiger, sie würden auch keine Scherereien machen. Aus demselben Grund, allerdings unter entgegen gesetzten Vorzeichen, schwante den Gewerkschaftern Übles: Frauen verdienten zu wenig, um substantielle Beiträge zu bezahlen. Und weil sie nicht organisiert waren, würde es nicht möglich sein, mit ihnen Lohnkämpfe zu führen.

Bereits im zweiten Kriegsjahr zeigte sich, dass sowohl die Unternehmer als auch die Gewerkschafter geirrt hatten. Die gemeinsame Arbeit in der Fabrik, verbunden mit der Erfahrung plötzlich sein eigener Herr zu sein, selbst über sein Einkommen bestimmen zu können, aber auch alleine die ganze Verantwortung für die Kinder zu haben, führte zu einem enormen Politisierungsschub bei Frauen. Und siehe da: Die Vielzahl spontaner Proteste und Streiks, die ab 1916 ständig an anderen Orten aufflammten, wurden durch die Bank getragen von Frauen. Bis hin zu den drei großen Streikwellen, die im Jänner, Juni und September 1918 das endgültige Ende der Donaumonarchie einläuteten. Die Einführung des Frau-

enwahlrechtes war denn auch kein Geschenk, dass die Männer den Frauen zum Republikseinstand nobel verehrt hätten. Es war das Ergebnis eines binnen kürzester Zeit entstandenen weiblichen Klassenbewusstseins. Es waren die Frauen selbst. Zwei Dinge lassen sich aus dieser Geschichte ersehen: wie schwer der Verlauf gesellschaftlicher Prozesse vorher zu sehen ist – und wie unerwartet er sich innerhalb kürzester Zeit ändern kann. In all der Unübersichtlichkeit liegt darin auch eine große Hoffnung.

In diesem Sinne: Hoch die Republik!



BARBARA BLAHA

ist Leiterin des Momentum-Kongresses. Dieser Beitrag dokumentiert ihre Eröffnungsrede von Momentum18, der Mitte Oktober dem Leitthema „Klasse“ gewidmet war.



SAGMEISTER & WALSH: Beauty

Stefan Sagmeister & Jessica Walsh, Porträt, 2013

© John Madere

Marshallplan für Afrika – eine reale Option?

In der letzten Ausgabe der Zukunft 9/2018 erschien der erste Teil des Artikels „Fluchtursachen bekämpfen – geht nur mit Links“. Im zweiten Teil geht **Josef Falkinger** der Frage nach, wie eine Wirtschaftspartnerschaft auf Augenhöhe zwischen Europa und Afrika aussehen könnte.

In ZUKUNFT 9/2018 wurde eine ganze Reihe von Mechanismen dargelegt, wie nicht zuletzt unter dem Deckmantel von Wirtschaftspartnerschaftsabkommen afrikanische Länder von Ländern des globalen Nordens ökonomisch unterworfen werden: Abhängigkeit von Rohstoffen, Steuerflucht, Land Grabbing, hoch subventionierte Agrarexporte, u.v.m. Es wurde gezeigt, wie eine zum Teil erzwungene einseitige Öffnung der Märkte afrikanischen Kleinproduzenten ruiniert und die eigenständige ökonomische Entwicklung unterminiert.

Wie aber würde eine ökonomische Partnerschaft Europas mit Afrika aussehen, die den Namen wirklich verdient? Was wären die Elemente und Bedingungen einer derartigen Partnerschaft? Und wie könnte ein Marshallplan mit Afrika funktionieren?

BETEILIGUNG AM ROHSTOFFREICHTUM

Arme Länder sind nicht selten außerordentlich reich an Rohstoffen, profitieren aber von diesem Reichtum kaum oder gar nicht. Dabei gäbe es eine ganze Reihe von erprobten Maßnahmen, um Länder stärker am Reichtum ihrer Rohstoffe zu beteiligen. Gleich zuerst wären gemeinsame Abkommen zur Abwehr von Steuerhinterziehung zu treffen. Beispielsweise ein verpflichtendes Country-by-Country-Reporting, im Zuge dessen multinationale Konzerne genau auflisten müssen, in welchem Land sie wieviel Steuern und Lizenzen bezahlen. Eine steuerrechtliche Nicht-Berücksichtigung von Briefkastenfirmen kann den Abfluss von Gewinnen in Steueroasen unterbinden. Transparenzabkommen müssen für die Zivilgesellschaft, für Gewerkschaften, NGOs und politische Parteien nachvollziehbar machen, ob der Preis, den Rohstoff-Multis für eine Lizenz zahlen, dem tatsächlichen Wert entspricht,

aber auch wohin die Steuern und Gewinne aus dem Rohstoffgeschäft fließen, und wie der Staat die Gewinne verwendet.

Wie aber erreichen wir, dass die Gewinne aus dem Rohstoffgeschäft nicht einfach parasitär abgeschöpft, sondern in den Herkunftsländern reinvestiert werden? Wie kann der holländischen Krankheit – daher einer einseitigen Dominanz der Volkswirtschaft durch eine Rohstoffindustrie – entgegengewirkt und eine Diversifizierung der Ökonomie forciert werden?

Für Investitionen in eine eigenständige industrielle Entwicklung einer Entwicklungsökonomie gilt ähnliches, wie für Investitionen in erneuerbare Energie oder Grundlagenforschung. Die Investitionen benötigen einen zu langen Investitionshorizont, als dass sie für private Investoren attraktiv wären. Deshalb können rohstoffreiche Ökonomien mit schwacher Industrie nur dann aus der entwicklungsökonomischen Sackgasse ausbrechen, wenn sie ihre Rohstoffindustrie in öffentliches Eigentum überführten. Saudi-Arabien ist heute vor allem deshalb so reich, weil es die Arabian-American Oil Company zwischen 1972 –1980 in Staatsbesitz überführte. In den Vereinigten Arabischen Emiraten liegt die Erdölförderung in den Händen der staatlichen Abu Dhabi National Oil Company, die die Gewinne über den ebenfalls staatlichen Sovereign Wealth Fonds in den Aufbau einer Stahl- und Aluminiumindustrie, aber auch in erneuerbare Energiegewinnung umleitet.

In Bolivien wurde 2006 ein Prozess eingeleitet, die Erdöl- und Erdgasindustrie zu verstaatlichen. Die Staatseinnahmen aus dem Öl- und Gasgeschäft sind von zwei Mio. Dollar im Jahr 2006, auf 31,5 Mrd. Dollar angewachsen. Daraus konnten wichtige Investitionen in die wirtschaftliche Entwicklung

und Infrastruktur getätigt werden. Hatten 2005 40.000 private Haushalte einen Gasanschluss, sind es mittlerweile 3,5 Mio.¹

ERNÄHRUNGSSICHERHEIT UND INFRASTRUKTUR

In vielen Ländern Afrikas könnte eine Beteiligung am Rohstoffgeschäft finanzielle Mittel für den Aufbau von Ernährungssouveränität freimachen. Laut Vereinten Nationen ist der Mangel an **Bildung** einer der Hauptgründe für die niedrige Produktivität in der Landwirtschaft und daher auch indirekt für den Hunger. Investitionen in Bildung führen direkt zu höherer Ernährungssicherheit.²

Was afrikanische Bauern und Bäuerinnen darüber hinaus brauchen, sind **Mikrokredite**, stärkere genossenschaftliche Vereinigungen und bessere **Infrastruktur**, um die Transportwege zu den Städten zu verbessern. Die Eigentumsrechte der Kleinbauern müssen gegenüber den Agrarkonzernen gestärkt werden. Wo die gemeinsame Nutzung des Bodens dominiert, ist das Land in das Eigentum von Genossenschaften oder in öffentliches Eigentum zu überführen, um es vor Land Grabbing internationaler Agrarkonzerne zu schützen.

Ein wesentlicher Hinderungsgrund für den Aufbau eines Produktionsbetriebs ist die Unverlässlichkeit des Stromnetzes. Diese Unverlässlichkeit führt zudem dazu, dass immer wieder Dieselaggregate angeworfen werden müssen, um die Stromversorgung zu sichern – die teuerste und umweltschädlichste Art der Stromerzeugung.

AKTIVE INDUSTRIEPOLITIK

Der koreanische Entwicklungsökonom Ha Joon Chang erlangte durch seine historische Untersuchung von Entwicklungsstrategien Berühmtheit.³ Er kam zum Schluss, dass verspätete Industrialisierung nur dann erfolgreich sein kann, wenn Länder einerseits ihre Ökonomien mit Zöllen schützen, andererseits mit industriepolitischen Regulierungsinstrumenten Kapital in den Aufbau strategischer Industrien lenken. So haben beispielsweise Taiwan und Korea zu Beginn ihrer Industrialisierungsphase mit Kapitalverkehrskontrollen den Abfluss von Ersparnissen ins Ausland verhindert, andererseits, über ein öffentliches Kreditsystem Kredite zu sehr billigen Konditionen in strategische Sektoren industrieller Entwicklung gelenkt.⁴

Um die ökonomischen Potentiale der Länder in Afrika und im Nahen Osten auszuloten, die Bedürfnisse der Regio-

nen zu berücksichtigen und die Nachhaltigkeit der Entwicklung zu sichern, muss auch Kapital für den Aufbau einer Forschungs- und Innovationslandschaft freigemacht werden. Ein starker Staat mit guten Schulen und Universitäten und einem starken öffentlichen Finanzierungssystem wäre mit der Unterstützung strategischer Industrien und einer dynamischen Start-up-Szene zu kombinieren.⁵

Während es in der Wirtschaftsgeschichte dutzende Beispiele für Aufholprozesse mit Hilfe von protektionistischen Maßnahmen und Instrumenten der Wirtschaftslenkung gibt, fehlt bis heute auch nur ein Beispiel für Länder, die Ähnliches mit Hilfe einer neoliberalen Wirtschaftspolitik geschafft hätten.

EIN NEUER MARSHALLPLAN?

Die Idee eines neuen Marshallplanes mit Afrika ist nahelegend. Im Zuge des historischen Marshallplanes nach dem Zweiten Weltkrieg ist es gelungen, eine zerstörte Ökonomie wieder aufzurichten, nachhaltigen Frieden zwischen den verfeindeten Nationen Frankreich und Deutschland zu schaffen und autoritäre politische Systeme in funktionierende Demokratien umzugestalten. Die ökonomischen Beziehungen wurden so gestaltet, dass sowohl das Geberland USA, als auch die Empfängerländer in Europa massiv profitierten, ja sogar Vollbeschäftigung erreichten.

Tatsächlich ist die Idee, so einen Marshallplan zwischen Afrika und Europa neu aufzulegen, seit 2015 von verschiedenen Seiten ins Spiel gebracht worden, unter anderem vom deutschen Entwicklungsminister Gerhard Müller (CSU). Leider hat der „Marshallplan“ von Müller mit dem echten Marshallplan lediglich den Namen gemeinsam.

Der „Müllerplan“ setzt in erster Linie auf steuerliche Anreize für europäische Unternehmer, um diese zu Investitionen in Afrika zu bewegen oder ihre bestehende Aktivität in Afrika zu fördern. Dagegen stellten beim historischen Marshallplan die USA den teilnehmenden europäischen Ländern große Geldbeträge in US-Dollar zur Verfügung, um vor allem fehlende Investitionsgüter für den Wiederaufbau aus den USA importieren zu können.⁶ Auch vom Marshallplan profitierten auf diese Weise die Unternehmen des Geberlandes enorm. Im Unterschied zum „Müllerplan“ bestand aber die Unternehmensförderung nicht in einer Steuererleichterung, sondern in staatlich induzierter Nachfrage. Während der Müllerplan Konzerne dafür gewinnen will, im Empfängerland als Investo-

ren tätig zu werden, konnten beim Marshallplan die Empfängerländer bestimmen, welche Güter sie für den Aufbau einer eigenen Industrie importieren wollten.

Das ist aber nicht der einzige Unterschied. Die europäischen Staaten und Unternehmen erhielten die importierten Marshallplan-Güter nur, wenn sie den Gegenwert in Landeswährung in einen sogenannten Counterpart-Fonds einzahlten, der zusätzlich zu den Importen die Entwicklung einer eigenständigen Industrie ankurbeln sollte. In Deutschland und Österreich wurden die Counterpart-Fonds vor allem dazu genutzt, günstige Kredite in strategische Industrieunternehmen zu leiten. Bis heute existieren die Counterpart-Fonds in der Form der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) und des Austria Wirtschaftsservice (AWS) die mittlerweile als staatliche Investitionsbanken ein Rückgrat der Industrie- und Innovationspolitik in Deutschland und Österreich bilden.

Zusätzlich wurde vom US Bureau of Labour Statistics ein intensives Programm für einen organisierten Technologie- und Wissensaustausch organisiert im Zuge dessen tausende Wissenschaftler, Unternehmer, Ingenieure, Landwirte, aber auch Gewerkschafter und Beschäftigte in der Verwaltung Studienreisen in die USA unternehmen konnten.

Der Einsatz der Marshallgelder wurde auf Ebene der Empfängerländer in lokalen ERP-Büros⁷ gesteuert, in denen Vertreter des Geberlandes, der Empfängerländer aber auch von Gewerkschaften und Wirtschaftsverbänden darauf achteten, dass die Marshallhilfe zum Aufbau starker, eigenständiger Industrien verwendet wurde und die importierten Güter diesen Aufbau nicht behinderten.


In Deutschland, Österreich, Frankreich und England wurden nach 1945 wesentliche Teile der Grundstoff- und Schlüsselindustrien, aber auch des Bankensystems, verstaatlicht. Die zentrale Rolle des Staates in der Wirtschaft war für den Wiederaufbau notwendig, da industrielle Aufholprozesse große strategische Investitionen erfordern, die für privates Kapital einen viel zu langen Investitionshorizont erfordern.

Der Marshallplan schuf nach 1945 in vielen Bereichen eine Win-Win-Situation für Europa und die USA. In den USA trug der Marshallplan wesentlich zur Erreichung der Vollbeschäftigung und den starken Realloohnerhöhungen der 1950er Jahre bei.⁸

EIN MARSHALLPLAN FÜR 95%

Eine sozialdemokratische Wirtschaftspartnerschaft für 95% könnte sich durchaus am Marshallplan orientieren. Zusätzlich zu neuen fairen Handelsabkommen würden afrikanische Länder von der Europäischen Union Devisen überwiesen bekommen, um europäische Güter für industrielle Entwicklung und Infrastruktur zu importieren. Sie müssten, um Devisen zu bekommen, im gleichen Ausmaß einen Entwicklungsfonds in der Währung des eigenen Landes anlegen. Das Geld für diese Counterpart-Fonds könnte aus vier Quellen stammen: Erstens aus einer strengen Vorgangsweise gegen Steuerflucht, zweitens aus einer fairen Beteiligung am Rohstoffreichtum, drittens aus Mehreinnahmen des Staates im Gefolge fairer Handelsabkommen (Exportsteuer, Zölle, Kapitalverkehr,...) und viertens aus einer stärkeren Besteuerung der Eliten in den Empfängerländern. Der Europäische Entwicklungsfonds würde sich zu einem Teil aus einer Kürzung der Agrarsubventionen speisen, zum anderen Teil aus bestehenden Töpfen der Entwicklungshilfe, die bislang für einseitige Unternehmenssubventionen zweckentfremdet wurde. Drittens wäre eine auf zehn Jahre befristete Solidarabgabe auf nichtinvestierte Gewinne großer Unternehmen anzudenken.

Mit den Devisen könnten wichtige Ausrüstungsinvestitionen und Investitionen in die Infrastruktur getätigt werden. Auf Basis der Entwicklungsfonds in Landeswährung wäre es möglich, ähnlich der historischen Kreditanstalt für Wiederaufbau, günstige Kredite für Projekte zu vergeben, die essentiell für eine ökonomische Entwicklung sind: Mikrokredite für den Bereich der Landwirtschaft, der kleinen Dienstleistungen und des Handwerks, Kredite für Genossenschaften und Non-Profit-Betriebe, Kredite mit langem Zeithorizont für strategisch wichtige Industriezweige und Risikokapital für Start-ups.

Weil es sich um eine Partnerschaft für 95% handelt, sollten die Investitionsprojekte, die mit den Devisen gekauft werden, zwischen den exportierenden und importierenden Ländern abgestimmt werden, um Verdrängungseffekte zu vermeiden. Wie im Marshallplan wäre sowohl bei den Importprojekten als auch bei den Entwicklungsfonds in den importierenden Ländern auf Transparenz zu achten sowie auf eine Partizipation von Gewerkschaften, Bauernorganisationen, NGOs, Frauenorganisationen und örtlicher Wirtschaftstreiber. 

JOSEF FALKINGER

ist Ökonom und FSG-Vorsitzender in der Statistik Austria.



SAGMEISTER & WALSH: Beauty

Sagmeister & Walsh, Sensory Room (Simulation), 2018

© Sagmeister & Walsh, New York

1. Vergleiche: <https://amerika21.de/2017/05/175567/bolivien-wirtschaftswachstum> (abgerufen 9.8.2018)
2. Vergleiche: Afrika und Europa, 2017, BMZ, Kapitel 4.1.
3. Chang Ha Joon (2002), Kicking Away the Ladder: Development Strategy in Historical Perspective
4. Vergleiche auch WADE, Robert (1990) Governing the market. East Asian industrialization
5. Chang Ha Joon (2010) How to do a developmental state: <http://hajoonchang.net/2010/01/05/constructing-a-democratic-developmental-state-in-south-africa-potentials-and-challenges/> (9.8.2018)
6. Zwischen 1948 und 1952 hatten die Subventionen ein Volumen von 9,3 Mrd. \$. Das entspricht heute zwischen 80 und 90 Mrd. €.
7. ERP bedeutet European Recovery Programme und war der offizielle Name des Marshallplanes.
8. Eine kritische Auseinandersetzung mit dem Marshallplan im Zusammenhang mit dem kalten Krieg würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen.
9. Privates Kapital hat einen zu kurzfristigen Zeithorizont und ist zu Risiko-avers, um industrielle Entwicklung im Anfangsstadium ausreichend finanzieren zu können.

Auf Messers Schneide

Seit anderthalb Jahren taktiert Theresa May in der Brexit-Frage. Kurz bevor das Zeitfenster für eine Einigung mit der EU im November 2018 abläuft, setzen ihr drei Flügel ihrer Regierung das Messer an. **Ludwig Dvořák** analysiert die inner-britischen Implikationen der Brexit-Verhandlungen, die nicht nur europa-, sondern v.a. innenpolitisch viel Sprengstoff bergen.

Dass es am Ende eng wird, war absehbar: Theresa May schummelte sich bereits durch die letzten drei wichtigen Abstimmungen des Unterhauses zur Brexit-Gesetzgebung, immer darum bemüht, die endgültige Entscheidung über eine Brexit-Strategie aufschieben zu können. Doch je näher das Ende des Zeitfensters rückt, in dem eine Einigung erzielt werden muss, desto gewisser scheint, dass es den magischen Überraschungs-Coup in den Verhandlungen, der den gordischen Knoten löst, einfach nicht gibt.

Das grundlegende Dilemma ist seit dem Beginn der Verhandlungen absehbar und hat nur am Rande mit europa- und wirtschaftspolitischen Erwägungen, dafür umso mehr mit den innenpolitischen und innerparteilichen Problemen der britischen Konservativen und ihrer Premierministerin zu tun.

DER TRAUM VON DER WELTMACHT

Vordergründig geht es um die künftige Handelspolitik Großbritanniens: Die Hardcore-Brexiters schwadronieren seit dem Referendum von den sagenhaften internationalen Handelsverträgen, die das Vereinigte Königreich mit dem Rest der Welt schließen könne, sobald es die Europäische Union verlassen habe. Dieser Traum wiedergewonnener ökonomischer Souveränität beflügelt das rechtskonservative Phantasma neu entstehender imperialer Größe. Der Austritt aus der EU ist für diesen Teil der Konservativen Partei gleichbedeutend mit dem Wiederaufstieg Großbritanniens zur politischen und ökonomischen Weltmacht und ist nur sehr oberflächlich mit (dürftigen) Argumenten und konkreten politischen Handlungsvorschlägen unterfüttert.¹

Je irrationaler ihre Vision, umso bereitwilliger blendet dieser Teil der Konservativen Partei die konkreten Hindernisse für diese Strategie aus und tut sie als Verschwörung zwischen irischen Nationalisten, Brüsseler Bürokraten und dem Großteil des öffentlichen Dienstes der Regierung Ihrer Majestät

ab: Die Nordirland-Frage, deren befriedigende Lösung unter der Bedingung eines Austritts aus Binnenmarkt und Zollunion kaum denkbar ist.

DAS NORDIRLAND-PROBLEM

Denn unabhängig von der ökonomischen und politischen Abwegigkeit des Weltmacht-Wahns steht ihm die Nordirland-Frage seit nunmehr anderthalb Jahren ungelöst entgegen. Tritt Großbritannien aus Zollunion und Binnenmarkt aus, dann entsteht auf der irischen Insel eine Zoll- und Marktgrenze, die wohl auch physisch sichtbar würde. Das ist für die Irische Republik inakzeptabel,² aber sogar für die rechtsorientierten, pro-britischen nordirischen Unionisten der DUP ein veritables wirtschaftliches und politisches Problem. Es wäre nicht zuletzt ein Todesstoß für das Karfreitags-Abkommen, das vor 20 Jahren den blutigen Nordirland-Konflikt politisch beendete und ist daher auch für die EU insgesamt von symbolischer Bedeutung. Im Dezember 2017 hatten EU-Chefverhandler Michel Barnier und Theresa May daher vereinbart, eine „harte Grenze“ in Irland jedenfalls verhindern zu wollen.³ Dieses Verhandlungsdokument reflektiert bereits das Dilemma, das bis heute ungelöst geblieben ist: Zwischen Nordirland und Irland soll der Binnenmarkt bestehen bleiben, Nordirlands Zugang zum britischen Markt aber uneingeschränkt sein. Das ist eigentlich nur denkbar, wenn das gesamte Vereinigte Königreich Teil des Binnenmarkts bleibt. Denn entweder verbleibt Nordirland im Binnenmarkt – dann gibt es eine Handelsgrenze zwischen Nordirland und Großbritannien. Oder der Warenverkehr zwischen Großbritannien und Nordirland bleibt unbeschränkt – dann kann eine Grenze zwischen Nordirland und Irland nur vermieden werden, wenn eben auch Großbritannien in Binnenmarkt und Zollunion ist.

DAS SCARLETT-O'HARA-PRINZIP

Wie die Haupt-Protagonistin von „Vom Winde verweht“ folgte Theresa May bereits im Dezember 2017 dem Prinzip „Ver-

schieben wir es auf morgen“, indem sie die beiden miteinander kaum vereinbaren Leitlinien für die Nordirland-Frage – offene Handelsgrenze sowohl zwischen Nordirland und Irland, als auch zwischen Nordirland und Großbritannien – kombinierte.

Monatelang suchte das britische Kabinett einen Ausweg für einen Vorschlag, der die Quadratur des Kreises möglich machen sollte (vgl. ZUKUNFT 05/2018). Der „Chequers Deal“, den sich Theresa May auf dem Landsitz der britischen Premierminister in Chequers im Kabinett absegnen ließ, folgte neuerlich dem Scarlett-O’Hara-Prinzip und flüchtete sich in unkonkrete Kompromissformeln: Großbritannien solle ein „gemeinsames Regelwerk“ mit der Europäischen Union entwerfen, sodass auch nach dem Austritt aus Zollunion und Binnenmarkt eine Angleichung von Regulierungen gewährleistet wäre. Das Vereinigte Königreich stünde zwar außerhalb der EU, durch angegliche Standards könnten sich aber Waren weiterhin frei bewegen.

Die Hardcore-Brexiters zeigten sich von Anfang an misstrauisch: Sie argwöhnten – zurecht –, dass diese Vorgangsweise faktisch auf einen Verbleib im Binnenmarkt hinauslaufen müsse.⁴ Und sie vermuteten – ebenso zurecht –, dass Chequers nur der Auftakt zu weiteren Konzessionen sein würde.⁵ Daher traten zwei der führenden Brexiters, Brexit-Minister David Davis und Außenminister Boris Johnson, im Juli 2018 von ihren Regierungsämtern zurück.⁶

Weil eine Meuterei gegen Theresa May in der Parlamentsfraktion keine Mehrheit gefunden hätte, nutzten die Brexiters die knappen Mehrheitsverhältnisse im Unterhaus, um eine Fußangel für die Zukunft zu legen. Sie setzten darauf, dass Theresa May in der Brexit-Gesetzgebung Konzessionen machen werde, wenn sie eine Konfrontation vermeiden und „auf morgen“ verschieben könne. Um in der letzten Sitzungswoche vor der Sommerpause eine demütigende Abstimmungsniederlage zu verhindern, akzeptierte die Regierung daher die Abänderungsanträge der Brexiters zur Custom Bill: Jede Zollgrenze zwischen Nordirland und Großbritannien wurde für ungesetzlich erklärt.⁷

MAYS JONGLIERKÜNSTE

Damit wurde gesetzlich verankert, was Theresa May der nordirischen DUP immer schon versprochen hatte, obwohl fraglich scheint, ob sie wirklich entschlossen war, ihr Versprechen auch zu halten. May verlegte sich zunehmend darauf, rund um die Verhandlungen mit der EU mit Begriffen

zu jonglieren. Die Premierministerin ließ Pläne für möglichst friktionsfreie „Checks“ in Häfen und auf Flughäfen ausarbeiten, um Güter, die zwischen Großbritannien und Nordirland verkehren, zu prüfen.⁸ Dadurch sollten keine Verzögerungen entstehen, weil es in Häfen und Flughäfen immer zu Verzögerungen komme. Ihre Versicherung, keine Handelsgrenze innerhalb des Vereinigten Königreichs zuzulassen, wandelte sich quasi zum Appell an die DUP, so zu tun, als würde die nicht bemerken, dass eine Handelsgrenze tatsächlich entsteht. Doch die tat ihr den Gefallen nicht und verlangt seit dem Sommer, immer misstrauischer und wütender, dass die Premierministerin zu ihrem Wort stehe und die „precious union“ von Großbritannien und Nordirland bewahre.

Doch das bringt May zwangsläufig in Kalamitäten mit den Hardcore-Brexiters in der konservativen Parlamentsfraktion, auf deren Stimmen sie ebenso angewiesen ist wie auf jene der nordirischen DUP. Schon im Frühjahr hatte Boris Johnson geätzt, es könne nicht weiter angehen, dass der Schwanz (Nordirland-Grenze) weiterhin mit dem Hund (Großbritannien) wedele.⁹ Die Nordirland-Frage sei nur der Vorwand, den Brexit zu sabotieren und mit der EU einen „Brexit in name only“ (BRINO) zu verhandeln. Das Nordirland-Problem, so behaupten Johnson und Co sei auch außerhalb des Binnenmarkts lösbar – wobei sie jeden konkreten Hinweis schuldig bleiben, wie.

May versuchte es daher auch in die umgekehrte Richtung und warf immer neue Begriffe Marke „regulatorische Angleichung“ und komplizierte Regelungen in die Schlacht, die allesamt nur dazu dienen, das faktische Fortbestehen der Zollunion und zentraler Binnenmarktregeln für das gesamte Vereinigte Königreich zu verschleiern. Doch auch die Brexiters scheinen sich zu weigern, beide Augen fest zu verschließen und so zu tun, als wäre die Zollunion keine Zollunion – so wie sich die DUP zu weigern scheint, so zu tun, als wäre eine Grenze keine Grenze.

Ungemach droht auch noch von einer dritten Seite: Der kleine pro-europäische Teile der Tories beginnt immer lauter die Frage zu stellen, welchen Sinn es haben soll, die EU zu verlassen, sich aber gleichzeitig allen wesentlichen EU-Regeln zu unterwerfen, ohne Einfluss darauf zu haben. In dieser Kritik nähern sie sich zunehmend den Brexiters und deren Begrifflichkeit des „Vasallenstaats“ an. Ihre Schlussfolgerung ist aber eine andere: Sie verlangen ein zweites Referendum, um darüber abzustimmen, ob Großbritannien nicht doch in der EU bleiben soll.

AUF ZEIT SPIELEN

In dieser Situation würde Theresa May gerne das tun, was sie schon die letzten anderthalb Jahre recht erfolgreich gemacht hat: Auf Zeit spielen. Dafür kommt eine Verlängerung der bis Ende 2020 vereinbarten Übergangsperiode ebenso in Frage, wie eine „vorübergehende Zollunion“. Doch auch bei letzterem spielen die Brexiteers nicht mit: Die verlangen ein einseitiges Kündigungsrecht oder ein automatisches Enddatum für diese „vorübergehende“ Maßnahme. Dazu scheint die EU aber nicht bereit zu sein. Gleichzeitig sind solche Forderungen für die EU Anlass dafür, einen „backstop“ für den „backstop“, also einen Notfallplan hinter dem Notfallplan zu verlangen: Den Verbleib Norirlands im Binnenmarkt samt Binnenmarktgrenze in der Irischen See, falls die „vorübergehende Zollunion“ endet. Allein das Gerücht, dass May darüber verhandle, veranlasste die DUP öffentlich mit der Ablehnung des Budgets und Neuwahlen zu drohen und May „totalen Verrat“ vorzuwerfen.¹⁰

Auch wenn die Nerven blank liegen, scheint eine solche Variante nicht gänzlich ausgeschlossen. EU-Chefverhandler Michel Barnier gab sich zuletzt äußerst konziliant und zeigte überraschend große Bereitschaft, Mays Brexit-Travestie-Spiele mitzuspielen.

LABOURS BREXIT-STRATEGIE

Angesichts des konservativen Brexit-Desasters verstärken linksliberale Medien den Druck auf die Labour Party, ein zweites Referendum zu fordern, um den Brexit rückgängig zu machen.¹¹ Im September und Oktober demonstrierten Hunderttausende in London für „A People’s Vote“. Doch Corbyn und die Parteispitze blieben bei ihrer Position: Das Ergebnis des ersten Referendums sei grundsätzlich zu respektieren, man könne Abstimmungen nicht solange wiederholen, bis einem das Ergebnis passe. Wenn die Regierung in den Verhandlungen oder im Unterhaus scheitere, sei die Neuwahl des Parlaments das gebotene „People’s Vote“ und müsse dann eine neue Regierung einen sinnvollen Brexit-Deal verhandeln. Das Kalkül dahinter ist nicht, dass Corbyn ein verkappter Brexiteer wäre, sondern dass der Brexit nach wie vor das letzte Lebenselixier der Konservativen ist. Er spaltet zwar die konservative Parlamentsfraktion, aber auch die WählerInnen in den von den Tories runtergewirtschafteten traditionell Labour-nahen Industriegebieten im Norden Englands. In diesen sozialen Notstandsgebieten hatte die rechtspopulistische UKIP den Brexit zu einem Votum gegen die Eliten gemacht. Nach dem Kollaps von UKIP bei den Unterhauswahlen 2017 sammelten die Tories mit einer Pro-Brexit-Haltung viele dieser Stimmen ein. Um die Ursachen für die

Brexit-Haltung ehemaliger Labour-WählerInnen zu beseitigen braucht Großbritannien nach Corbyns Überzeugung eine andere Politik. Und um für diese Politik eine Mehrheit zu gewinnen, braucht es Neuwahlen, kein Referendum. Ein Referendum, das, so fürchten die Labour-StrategInnen, die bestehende Spaltung des Landes nur vertiefen würde.

WELCHE PERSPEKTIVEN BIETET EIN ZWEITES REFERENDUM?

Der Ausgang eines solchen Referendums ist nämlich weiterhin ungewiss. Zwar zeigen veröffentlichte Umfragen eine Tendenz zu steigender Unterstützung für die Forderung nach einem Referendum und für einen Verbleib in der EU. Doch diese Umfragen sind mit Vorsicht zu genießen. Die Unterstützung für ein Referendum hängt stark von der Fragestellung ab,¹² die aber wohl nicht von der Opposition bestimmt würde. Und selbst wenn, bliebe ein Ausgang ungewiss: Sollte es keine Verhandlungslösung geben, sprechen sich in der jüngsten Umfrage des Survation-Instituts – das 2017 die genauesten Wahlprognosen hatte – 35% für einen Verbleib in der EU aus, 36% aber für einen No-deal-Brexit, also einen Austritt ohne Verhandlungslösung.¹³ Fast 30% sind unentschlossen oder wollen nicht wählen gehen.

Auch vor dem Hintergrund dieser Ungewissheit hat der Labour-Parteitag Ende September den Wunsch liberaler Medien nicht erfüllt, Corbyn zu einem Kurswechsel zu zwingen. Sollte die Regierung scheitern, fordert Labour weiterhin Neuwahlen. Nur wenn diese scheitern, sind alle Optionen, auch ein Referendum, „auf dem Tisch“. Die gebetsmühlenartige Warnung, Labour werde die Stimmen der jungen, urbanen WählerInnen an die pro-europäischen LiberaldemokratInnen verlieren ist derweil aus den Umfragen nicht erkennbar. Die LibDems konnten ihren Wahlanteil in den letzten anderthalb Jahren nicht signifikant erhöhen. Umgekehrt scheint sich bislang die Haltung, den Tories dabei zuzusehen, wie sie sich in der Brexit-Frage zerfleischen, ohne es ihnen gleichzutun, durchaus zu bewähren.

WIE GEHT ES WEITER?

Um den Brexit im März 2019 über die Bühne zu bringen, braucht May wohl noch im November eine Entscheidung. Sofern es ihr nicht doch noch gelingt, Brexiteers und DUP mit falschen Versprechungen und dem Schreckgespenst einer Machtübernahme der Labour Party an Bord zu holen, bestehen für sie noch drei weitere Optionen:

1. May kann versuchen, ihre bislang verschämt gemachten, komplizierten und intransparenten Zugeständnisse in puncto

Zollunion und Binnenmarkt offensiver zu gestalten. Setzt sie auf ein Abkommen nach dem Vorbild Norwegens – also einen BRINO – könnte sie auf ausreichend Abweichter-Stimmen aus der Labour-Fraktion hoffen, die Neuwahlen und eine Regierung Corbyn mindestens ebenso ablehnend sehen, wie sie selbst. Dies würde aber wohl einen offenen Bruch mit den Brexiteers erfordern und auch die Wahlchancen der Tories bei kommenden Unterhauswahlen massiv gefährden: Der Brexit hätte als Kitt der konservativen WählerInnenkoalition wohl ausgedient.

2. May könnte umgekehrt nach einem Scheitern der Verhandlungen die „Eiserne Lady“ markieren, die das Brüsseler „Diktat“ ablehnt und lieber ohne Abkommen aus der EU ausscheidet als mit einem „schlechten Abkommen“. Dieses Szenario würden viele der Hardcore-Brexiteers sehr begrüßen, angesichts von Meldungen, dass Pharma- und Lebensmittelindustrie panisch beginnen, ihre Lagervorräte angesichts der Lieferungswisheiten nach einem No-Deal-Brexit aufzustocken, erscheint dieses Szenario doch äußerst riskant.

3. Allen Dementis zum Trotz erscheint ein zweites Referendum für May nicht die schlechteste Option zu sein, wenn sie nur ein Abkommen mit einem Gesamtverbleib in der Zollunion abschließen kann, dafür aber keine sichere Mehrheit im Unterhaus zusammenbekommt. Wenn sie über die Annahme ihres Vorschlagstextes oder einen No-Deal-Brexit abstimmt, können die Tories mit beiden Ergebnissen weiterregieren. Gleichzeitig stürzt ein Referendum, egal mit welcher Fragestellung, die oppositionelle Labour-Partei in innere Konflikte.

Keine dieser Optionen ist ein sicherer Weg an der Macht zu bleiben. In jedem Szenario besteht für die Regierung von Theresa May die Gefahr, eine Dynamik in Gang zu setzen, die zur Selbstzerstörung ihrer Regierung und zu baldigen Neuwahlen führt. In der jüngsten Survation-Umfrage hat Labour wieder die Führung übernommen.¹⁴

Wenn May es nicht noch einmal gelingt, das Scarlett-O'Hara-Prinzip anzuwenden, muss sie Einsatz und Risiko in den Brexit-Verhandlungen bedeutend erhöhen, um im Spiel zu bleiben. Großbritannien stehen spannende Wochen bevor, in denen ein Einschwenken der Regierung auf einen fundamentalen Rechtskurs mit katastrophalen wirtschaftlichen Folgen ebenso denkbar ist, wie ein baldiger Regierungswechsel. Labour hat allen Grund, für alle Fälle zur Regierungsübernahme gerüstet zu sein.



LUDWIG DVOŘÁK

ist gf. Chefredakteur der ZUKUNFT

1. <https://iea.org.uk/publications/plan-a-creating-a-prosperous-post-brexit-uk/>
2. <https://www.theguardian.com/commentisfree/2018/sep/13/ireland-brexit-good-friday-agreement>
3. <https://www.bbc.com/news/uk-politics-42277040>
4. <https://www.telegraph.co.uk/politics/2018/09/02/theresa-mays-chequers-deal-fix-will-lead-victory-brussels-boris/>
5. <https://www.telegraph.co.uk/politics/2018/09/20/eu-wont-let-chequers-last-compromise-can-brexiteer-ministers/>
6. <https://www.theguardian.com/politics/2018/jul/08/david-davis-resigns-as-brexit-secretary-reports-say>
7. <https://www.theguardian.com/politics/2018/jul/16/theresa-may-narrowly-avoids-defeat-after-caving-in-to-rees-mogg>
8. <https://www.theguardian.com/uk-news/2018/may/04/irish-border-backup-plan-suggests-checks-ports-airports-brexit>
9. <https://www.bbc.co.uk/news/uk-politics-44407771>
10. [dup-mp-insists-party-is-not-bluffing-over-threat-to-vote-against-budget-over-brexit-11523279](https://www.theguardian.com/politics/2018/sep/23/people-vote-brexit-parliament-labour)
11. <https://www.theguardian.com/commentisfree/2018/sep/23/people-vote-brexit-parliament-labour>
12. <https://www.survation.com/wp-content/uploads/2018/11/Ref-on-the-deal-Tables.xlsx>
13. <https://www.channel4.com/news/major-new-brexit-poll-shows-voters-swinging-towards-remain>
14. <https://www.survation.com/labour-narrowly-lead-conservatives-in-new-voting-intention-poll/>



SAGMEISTER & WALSH: Beauty

Sagmeister & Walsh, Yes!, Unterführung, Brooklyn-Queens Expressway, 2016
© Maggie Winters Gaudaen for Pop! Wed Co.



„Corbyn ist die Galionsfigur einer anderen Politik“

Im Oktober war der Momentum-Gründer Jon Lansman Gast im Bruno-Kreisky-Forum. Die ZUKUNFT hat ihn mit der Redaktion von *kontrast.at* befragt, warum die Labour Party unter **Jeremy Corbyn** zur stärksten sozialdemokratischen Partei Europas geworden ist, wie er die Antisemitismus-Kontroversen in der Labour Party beurteilt und was hinter dem Brexit-Drama steht.

Jon Lansman ist nur wenigen bekannt, dabei ist er wohl eine der einflussreichsten Figuren der britischen Politik. Jahrzehntlang war er als Aktivist am linken Flügel seiner Partei tätig. Als Kampagnen-Chef von Jeremy Corbyn hat er wesentlich zu dessen Wahl als Labour-Vorsitzendem beigetragen – einem Sieg, der bis zuletzt als unmöglich galt. Seither sorgt er mit der politischen Organisation „Momentum“ dafür, dass Corbyn trotz harscher Gegnerschaft inner- und außerhalb der Partei im Amt bleibt und setzt sich mit tausenden Freiwilligen dafür ein, die Labour Party zu einer demokratischen Bewegung zu machen.

Bei seinen Auftritten jubeln ihm tausende junge Menschen zu, 500.000 Mitglieder hat die Labour Party durch ihn gewonnen. Können Sie uns das Phänomen Jeremy Corbyn erklären?

Lansman: Der größte Faktor ist nicht Jeremy Corbyn, es ist die Politik. Es geht nicht darum, dass Corbyn besonders charismatisch ist oder rhetorisch übermäßig begabt. Corbyn ist einfach ein Avatar – er ist die Galionsfigur einer anderen Politik. Und diese andere Politik ist die Zurückweisung des Neoliberalismus. Es ist das Ende des neoliberalen Konsenses, der das ökonomische Denken der letzten 35 bis 40 Jahre bestimmt hat. Jedes ökonomische Institut in England ist ein neoliberales Institut.

Und dann hat Corbyn im Unterschied zu fast allen anderen Politikern Fragen direkt beantwortet. Andere Poli-

ker beantworten nie eine Frage. Und von ihm hat man gehört, dass Austerität eine bewusste Entscheidung ist und keine Notwendigkeit.

Er hat über Politik in einer Art geredet, wie das viele Menschen nicht kannten. Besonders Menschen unter 35 haben noch nie gehört, dass jemand so über Politik spricht.

Jeremy Corbyn und John McDonnell waren Hinterbänker, sie waren alle zwei Jahre einmal fünf Minuten im Fernsehen. Diese Stimmen kannte niemand. Und Corbyn sprach plötzlich von einer Politik der Hoffnung und die Leute wollten genau das hören. Und daher kamen sie massenhaft und zahlten ihre 4 Euro, um an der Vorsitzwahl für die Labour Partei teilzunehmen. Sie haben sich angestellt, um Corbyn reden zu hören. Das war der Beginn seines Siegs und der Gründung von Momentum.

Können Sie uns erklären, was Momentum ist?

Lansman: Momentum ist aus der ersten Vorsitz-Wahl von Jeremy Corbyn 2015 entstanden. Damals haben wir es vor allem genutzt, um die Daten von Leuten zu sammeln, die die Ziele und Werte der Corbyn-Kampagne unterstützt haben. Also die auch die Politik dahinter unterstützt haben. Und diese Daten wollten wir verwenden, um eine Organisation zu gründen. Wir wollten damals auch eine Brücke sein für Menschen, die Corbyn gut fanden, sich aber noch nicht vorstellen konnten, der Labour Party beizutreten.

Damals ist niemand davon ausgegangen, dass Corbyn wirklich Vorsitzender der Labour Party wird. Als er dann tatsächlich gewonnen hat, hat das die Organisation völlig verändert: Zunächst ging es jetzt darum, dass Corbyn auch wirklich Parteivorsitzender bleibt. Ihm schlugen ja viele Widerstände in der Partei entgegen. Man wollte keine Veränderungen in der Labour Party.

Doch was die Wahl von Corbyn 2015 gezeigt hat, ist dass es kaum Unterstützung für die Politik von Tony Blair gab. Und ich glaube, das gilt sogar für die Zeit als er Vorsitzender war: Auch da waren die Mitglieder der Labour Party nicht begeistert davon, dass das Gesundheitssystem privatisiert wird oder Großbritannien in den Irakkrieg zieht. Die wollten auch damals sozialdemokratische Politik, aber sie waren eben loyal zu ihrem Vorsitzenden. Sie wollten vor allem anderen keine konservative Regierung und Blair war da und er kam in den Medien gut an. Doch mit der Zeit haben sich die Mitglieder von ihm entfremdet – viele Wähler aus der Arbeiterklasse haben sich zurückgelassen gefühlt. Fünf Millionen Wähler, die Blair 1997 gewählt haben, hat Labour bis 2010 verloren.

Und die haben dann die Tories gewählt? Oder UKIP?

Lansman: Viele von ihnen haben überhaupt nicht gewählt. Einige Tories, wenige UKIP. Einige haben wir dann wieder zurückgewonnen, aber weit nicht genug. Wir haben auch bei der Wahl 2017 noch Sitze in Arbeiter-Gegenden verloren – im Norden und in Mittelengland. Dafür haben wir im Süden Sitze gewonnen, die wir noch nie hatten.

Und was hat Momentum zum Erfolg von Corbyn beigetragen?

Lansman: Wir mussten Corbyn in der Labour Partei verteidigen gegen Attacken. Nach einem Jahr musste sich Corbyn der Wiederwahl stellen. Und diese Kampagne für Corbyn hat Momentum getragen. Ich war der Kampagnen Manager und dass Corbyn die Wiederwahl gewonnen hat, führt dazu, dass er jetzt breit akzeptiert ist – auch in der Labour Partei.

Jetzt müssen wir die Partei demokratisieren. Es geht uns ja nicht einfach darum, Blair durch einen anderen Vorsitzenden zu ersetzen. Eine andere Art der Politik erfordert auch eine andere, eine demokratischere Partei. Blair war da sehr autoritär, er hat alleine über die Politik und die Kandidaten entschieden – die hat er dann in den Regionen durchgesetzt. Er

hat diese Partei völlig unter seiner Kontrolle gebracht. Und wir wollen nicht einfach sein autoritäres Regime durch ein linkes Regime ersetzen. Wir wollen eine Partei, die von ihren Mitgliedern geführt wird.

Wir haben eine halbe Million Menschen in die Partei gebracht, die haben eine enorme Kraft. Wir brauchen sie, um unsere Ideen weiterzutragen und noch mehr Menschen zu überzeugen.

Die können Millionen Unterhaltungen führen mit ihren Nachbarn, an ihrem Arbeitsplatz, im Supermarkt. Und nur mit ihnen können wir gewinnen. Aber dazu müssen sie auch das Gefühl haben, dass die Partei sie ernst nimmt. Sie wissen am besten, wie es in ihren Regionen läuft, was an ihrem Arbeitsplatz gedacht wird und so weiter.

Sie können uns also sehr dabei helfen, unsere politischen Ziele zu formulieren und unsere Kandidaten auszuwählen. Und wenn Corbyn in die Regierung kommt, dann braucht er für die Durchsetzung seines Programms öffentliche Unterstützung.

Und dann ist auch noch wichtig, dass nicht alles an Corbyn hängt. Wir müssen seine Ideen bewahren und Nachfolge-kandidaten aufbauen.

Wie hat eure Kampagne für Corbyn ausgesehen?

Lansman: Momentum hatte viel lokale Unterstützung, die war ehrenamtlich und spontan. Sie haben Veranstaltungen organisiert für Corbyn oder gegen den Krieg in Syrien oder für leistbares Wohnen.

Wir haben auch viel auf Social Media gesetzt. Bei der Wahl 2017 hat einer von drei Facebook-Nutzern in Großbritannien unsere Videos gesehen, unser erfolgreichstes Video haben 14 Mio. User gesehen. Im Vergleich zur offiziellen Facebook-Seite von Corbyn und auch zur Labour-Seite hat Momentum weit mehr Leute erreicht. Das liegt auch daran, dass wir uns mehr trauen konnten, dass wir humorvoll sind – das ist eine gute Voraussetzung, um erfolgreich zu sein auf Social Media.

Aber wir haben auch ein klassisches Medien-Team. In den Medien wollen wir nicht nur unsere Führungsriege sehen, sondern auch unsere Aktivisten. Zum Beispiel sieht man dann

in den Medien unsere Unterstützer bei der Essensausgabe für Menschen, die wirklich Hunger haben.

Die Medien waren anfangs sehr feindselig gegenüber Corbyn. Wie seid ihr damit umgegangen?

Lansman: Ja, die Medien standen uns nicht positiv gegenüber. Aber das Glück ist: Die allermeisten Menschen unter 35 kaufen sich nie Zeitungen. Zeitungen verlieren immer mehr an Relevanz, ähnliches gilt auch für klassisches Fernsehen und Radio. Daher sind die sozialen Medien sehr wichtig geworden für uns.

Die Sitze, die wir bei der Wahl 2017 gewonnen haben, haben wir wegen der Momentum-Kampagne gewonnen. Die Labour Partei hat damals nicht wirklich für Corbyn gearbeitet – obwohl er seit 2 Jahren Vorsitzender war.

Sie hatten auch eine andere Strategie: Sie gingen in die Wahlkreise, wo es Sitze zu verteidigen gab. Momentum dagegen hat auf die Gegenden gesetzt, die wir gewinnen müssen, damit wir eine Regierung bilden können. Die Partei hat also die Kampagne eher in die falsche Richtung gelenkt, dorthin wo es klare Mehrheiten gab. Wir haben die Richtung geändert. Die Medien haben das erkannt und anerkannt, dass wir erfolgreich waren und seriöse Arbeit gemacht haben – also haben sie uns auch immer ernster genommen.

Wie ist das mit den Antisemitismus-Vorwurf gegen Corbyn und seine Unterstützer? Gibt es ein größeres Antisemitismus-Problem in der Labour Party als in anderen Parteien?

Lansman: Natürlich gibt es Antisemitismus: Ich sehe Fälle von Holocaust-Leugnung, oft verbunden mit anderen Formen des Hasses wie Homophobie. Das sind ein paar wenige Leute, aber man muss es dennoch ernst nehmen. Es gibt bestimmt mehr Antisemitismus bei den Tories. Und insgesamt zeigt die Forschung, dass in Großbritannien der Anteil an Antisemiten am kleinsten in ganz Europa ist. Aber dennoch ist es da.

Das größere Problem ist aber nicht der echte Antisemitismus, sondern das sind die unbewussten Vorurteile. Die muss man den Leuten bewusst machen und dann überwinden sie die ganz schnell. Wir setzen also auf politische Bildung und Bewusstseinsarbeit und schauen, dass wir unbewusste Vorurteile und Zuschreibungen gemeinsam bearbeiten. Das ist die beste Art, um gegen den Antisemitismus zu arbeiten.

Manchmal verwenden Leute die Sprache auch unachtsam. Sie verwenden das Wort Zionismus als wäre es ein Schimpfwort. Ich bin selbst Jude und meine Mutter hätte sich wohl auch Zionistin genannt. Sie fand, es sollte einen jüdischen Staat als eine Art Lebensversicherung für die Juden geben. Sie ist aber deshalb nicht verantwortlich für die Politik von Netanjahu und die schreckliche Diskriminierung von Palästinensern.

Man kann nicht alle Juden verantwortlich dafür machen, was der Staat Israel macht. Also Ja, ich denke, dass es schlimmer ist bei den Tories. Und andere Formen des Rassismus sind dort noch weit schlimmer, wie Islamophobie.

Natürlich gibt es auf der anderen Seite Leute, die das politisch ausbeuten. So ist die Politik. Aber unabhängig davon, wer diese Anschuldigungen äußert und mit welchen Ziel: Wenn sie auf einer wahren Grundlage beruhen, muss man mit ihnen umgehen und sie ernst nehmen.

Und wie wird Labour mit dem Brexit umgehen?

Lansman: Es gibt viele Leute, speziell Arbeiter, die in Gegenden leben, in denen sie nicht sehr von der EU und der Globalisierung profitiert haben. Ehemalige Bergbau-Gegenden, Küstenorte – Gegenden, in denen sich Leute von allen Politikern alleine gelassen fühlen. Dort gibt es einen fast nihilistischen Ärger über die politische Elite dafür, dass sie so vergessen wurden. Und das wird mit einer nationalistischen Ideologie verbunden. Denn die Elite ist nicht nur eine britische, es ist eine europäische und eine globale Elite. Und das geht nicht einfach weg.

In London gibt es natürlich auch Ungleichheit. Aber London steht in der internationalen Ökonomie sehr gut da, wie die anderen großen Städte auch: Manchester, Glasgow, Newcastle, Birmingham. Also trotz großer Ungleichheit haben die Bewohner in großen Städten zumindest gewisse Vorteile von der globalen Ökonomie. Aber kleine Städte in Arbeitergegenden haben tatsächlich nichts davon.

Und diese Positionen müssen wir auch vertreten: Das sind Gegenden, die Labour-Vertreter im Parlament haben. Ein oder zwei davon haben wir verloren, wie Mansfield. Das sind frühere Bergbau-Gegenden, wo die Gruben geschlossen sind. Und dort gibt es sonst nichts.

Oder Middlesbrough, wo es eine starke Chemieindustrie gab und jetzt ist alles zu. An diesen Orten sind die Menschen wütend und haben für den Brexit gestimmt. Diese Menschen kann man nicht einfach ignorieren, vor allem wenn man ihre Stimmen braucht, um eine konservative Mehrheit zu verhindern. Man will ihre Unterstützung zurück haben, man will sie nicht der extremen Rechten in die Arme treiben, was in vielen Gegenden ja schon passiert ist.

Manchmal sind die Argumente auch völlig irrational. Meine Tochter etwa lebt in Cornwall, einem schönen Küstenort. Die bekommen viel Geld von der EU, um Straßen zu bauen oder Glasfaser-Kabeln zu bauen. Trotzdem haben sie dort für den Brexit gestimmt, weil sie unzufrieden sind, weil sie außerhalb Cornwalls leben müssen und sich das Leben dort nicht mehr leisten können. Weil die Löhne schlecht sind. All diese Positionen müssen wir in der Labour Party repräsentieren, ich nenne das »kreative Ambiguität«.



JON LANSMAN

wurde 1957 in London geboren und war als Unterstützer der Campaign for Labour Party Democracy (CLPD) an der Kandidatur des Parteilinken Tony Benn für den Stellvertretenden Parteivorsitz beteiligt. Er blieb jahrzehntelang in der Parteilinken aktiv, ohne selbst jemals ein öffentliches Amt auszuüben. 2015 war der koordinierend in der Kampagne für die Wahl Jeremy Corbyns zum Parteivorsitzenden tätig, aus der die Graswurzelbewegung „Momentum“ hervorging. 2017 wurde er erstmals in den Parteivorstand der Labour Party (NEC) gewählt.



SAGMEISTER & WALSH: Beauty
Unbound, Virtual Reality Applikation für die Ausstellung
SAGMEISTER & WALSH: Beauty, 2018
© Unbound Technologies



„Es gibt keine Versicherungspolice für Traditionsparteien“

In ihrem Anfang des Jahres erschienenen Buch „Und morgen regieren wir uns selbst“ skizziert die hessische Sozialdemokratin Andrea Ypsilanti den umkämpften Niedergang der europäischen Sozialdemokratie, plädiert für einen radikalen Kurswechsel und fordert mehr Phantasie und Mut. **Ulrich Brand** bespricht die lesenswerte Streitschrift.

Andrea Ypsilanti geht in ihrem Buch von der Überzeugung aus, dass es gerade heute einer starken Sozialdemokratie in Europa bedürfe, die sich gemeinsam mit anderen Kräften dem weiterhin dominanten Neoliberalismus und der autoritären Rechtsentwicklung entgegenstelle. Doch dafür sei, so die inzwischen breit geteilte These, die Sozialdemokratie alles anderen als gut gerüstet. „Die Melodie des Neoliberalismus hat sich auch in das linke Denken und Fühlen eingeschlichen.“ (S. 123) Es dominiere das, was die US-amerikanische Philosophin Nancy Fraser als „progressiven Neoliberalismus“ bezeichnet: Die Dominanz kapitalistischer Märkte und privaten Unternehmertums, von Leistung und Fordern, das Dogma von Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit. Angestellte im öffentlichen Dienst werden als „Bevorzugte“ denunziert, die Wirtschaftseliten zu vermeintlich „dynamischen Kräften“. Das wird uns auch – und naheliegenderweise – immer wieder von den immer mächtiger werdenden privaten Medien alltäglich eingeimpft. „Die tiefen Wunden der Neoliberalisierung der sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien schmerzen bis in die Gegenwart.“ (S. 63) Damit ist ein Dilemma formuliert, auf das die Autorin am Ende ihres Buches zurückkommt: „Die linke Verbitterung angesichts der Ohnmacht in den Verhältnissen verhindert auch, die vielen zu erreichen, sie für eine Veränderung zu begeistern und zu faszinieren.“ (S. 211)

Die Autorin Andrea Ypsilanti kennt die SPD bestens. Sie war von 2003 bis 2009 Vorsitzende der hessischen SPD, einige Jahre im Bundesvorstand der Partei und erfolgreiche Spitzenkandidatin für die Landtagswahl 2008, bei der die Partei nach einem mutigen und dezidiert linken Wahlkampf um über 7 Prozent der Stimmen zulegte. Gut zwei Jahre vorher, im Spätsommer 2005, hatte die SPD bei der Bundestagswahl noch deutlich verloren und Kanzler Gerhard Schröder musste an Angela Merkel die Regierung übergeben.

Die Geschichte ist weit über Hessen hinaus bekannt: Ypsilanti wurde deshalb nicht zur Ministerpräsidentin gewählt, weil vier Abgeordnete der eigenen Partei plötzlich ein „gebrochenes Wahlversprechen“ darin sahen, dass sich die geplante rot-grüne Regierung von der Linkspartei tolerieren lassen würde. Die Koalition kam nicht zustande und ein Jahr später gewann die CDU aufgrund des Abrutschens der SPD von über 37 Prozent auf gut 23 Prozent.

NEOLIBERALISIERUNG UND KRISE DER SPD

Das Buch beginnt mit einer knappen Skizze „neoliberaler Phänomene“, wobei Neoliberalismus nicht nur auf das Ökonomische und die Wirtschaftspolitik beschränkt bleibt, sondern seine tiefe kulturelle Verankerung betont wird. Der „Event-Kapitalismus“ lässt auch die Parteien nicht unberührt,

die das Spiel der Köpfe, Medienpräsenz und geeigneten „Sager“ mitspielen – und damit autoritären Tendenzen Vorschub leisten. In Deutschland war das Kanzler Schröder mit seiner „Basta“-Politik. Ypsilanti stellt das an den sog. Hartz-Reformen dar, die Schröder von oben herab verkündete und seiner Partei dann nachträglich legitimieren ließ.

Doch auch hier wird gezeigt, wie umkämpft diese Politik war. „Der Wahlsieg 1998 war zum größeren Teil Oskar Lafontaine zu verdanken. Das schreibt und hört heute keiner mehr gerne, bleibt aber dennoch richtig.“ (S. 61f.) Der anschließende Machtkampf im Winter 1998/1999 zwischen Kanzler Gerhard Schröder und Wirtschafts- und Finanzminister Oskar Lafontaine war ja keiner von „Alpha-Tieren“ – so wurde er dargestellt –, sondern es ging um die wirtschafts- und gesellschaftspolitische Ausrichtung Deutschlands und damit auch Europas. Sollte die hohe Arbeitslosigkeit mit einem Niedriglohnsektor, Prekarisierung, „Ich-AGs“, weiterer gesellschaftlicher Spaltung und einer Schuldzuweisung an die Arbeitslosen selbst bearbeitet werden – so das Projekt Schröders – oder mit Umverteilung von unten nach oben, Innovationspolitik, einer anderen Gestaltung Europas (wie es Lafontaine vorschlug)? Lafontaine räumte bekanntlich bereits im März 1999 seine Stellung – und war später maßgeblich an der Gründung der Linkspartei beteiligt. Ypsilanti weist hier und an späteren Stellen des Buches auch immer wieder auf Bruchstellen des neoliberalen Projekts hin. Der Neoliberalismus „verliert an Glaubwürdigkeit, während er sich zugleich radikalisiert.“ (S. 50)

Enorm spannend liest sich die kurze Geschichte der auch bei der bereits erwähnten Wahl 2008 in Hessen. Man erinnere sich: Die SPD hatte im Mai 2005 bei der Landtagswahl im „Stammland“ Nordrhein-Westfalen eine ziemliche Schlappe erlitten (fast 6 Prozent der Stimmen verloren, während die CDU fast 8 Prozent gewann), weshalb Schröder und Franz Müntefering (unabgesprochen mit der Partei) Neuwahlen ausriefen. Bei der wurde die rot-grüne Regierung abgewählt und es kam zu einer sehr großen schwarz-roten Koalition. Weiters kam die neu formierte Linkspartei in den Bundestag.

Ab 2006 formulierte die hessische SPD um Ypsilanti im beginnenden Wahlkampf die Programmatik einer „Sozialen Moderne“ und war damit sehr erfolgreich. Die Autorin nennt das eine „kleine Utopie“: Progressive Reformpolitik – insbesondere in der Energie- und Bildungspolitik –, die programmatisch unterfüttert und personell prominent besetzt war: Der „Vater“ der deutschen Energiewende, Hermann Scheer,

sollte beispielweise Wirtschafts- und Umweltminister werden. Der Wahlkampf war insbesondere gegen die besonders rechte hessische CDU, aber auch gegen die mächtigen Energiekonzerne polarisierend, was offensichtlich bei vielen WählerInnen ankam. Der damalige SPD-Vorsitzende „Kurt Beck hätte das Experiment unter großen Bauchschmerzen riskiert. Aber die Berliner Funktionäre sahen (zu Recht) ihren neoliberalen Agendakurs und damit ihre eigene Position gefährdet.“ (S. 82)

Mit dem Abbruch der Alternative in Hessen hat „sich die SPD selbst beschränkt. Historisch kann man das – begrifflich verkürzt – als eine Entwicklung von der Arbeiterpartei zur Volkspartei, zur demokratischen Partei amerikanischen Zuschnitts unter Schröder und aktuell zur Funktionspartei zusammenfassen. Eine Funktionspartei der Facharbeiterschaft darf sich jedoch nicht wundern, wenn ihre Reichweite und ihre Wahlergebnisse signifikant und kontinuierlich senken.“ (S. 87) (Momentan steht die SPD in Umfragen bei 16 bis 17 Prozent Zustimmung und liegt gleichauf oder sogar hinter der AfD.)

KRISEN UND PROTEST

Anschließend wendet sich Ypsilanti in ihrem Buch den jüngeren Krisen in Europa ab 2008/2009 und ihren Auswirkungen auf emanzipatorische Politik zu. Südeuropa tendierte – mit Ausnahme Italiens – politisch eher nach links, Nord- und Osteuropa nach rechts.

Die Sozialdemokratie und insbesondere die Sozialistische Internationale hatte keine Antwort parat und die nationalen Parteien orientierten sich – allen voran die SPD – an möglichen Politiken in ihren „eigenen“ Ländern. Insgesamt attestiert die Autorin den Parteien eine politisch-programmatische „Schockstarre“, die sie de facto zu Komplizen von Austeritätspolitik und der autoritären Wende in Europa machen. Der medial vorgegebene Tenor, dass die Krisenländer selbst an ihrem Schicksal Schuld seien, wurde mitgetragen. „Die Billionen der Finanzkrise blieben jedoch verschwunden. Jene Manager, Händler und Investmentbanker, die sie verursacht hatten – bis auf ein paar wenige, die besonders exzessiv betrogen hatten –, blieben verschont. Nicht wenige Brandstifter wie die Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Bank wurden sogar als Feuerwehrmänner engagiert.“ (S. 92) Inzwischen wurden ein paar kosmetische Korrekturen vorgenommen, aber das Finanzkasino wieder geöffnet, die vor und in der Krise so jämmerlich versagenden Rating-Agenturen geben wieder den Ton an, der Plan einer unabhängigen, staatlich finanzierten Ratingagentur für Europa verschwand.

Doch es gab auch Widerstand, Alternativen wurden entwickelt – insbesondere ab 2011. Der Arabische Frühling, die Platzbesetzungen in einigen Ländern, lokal erfolgreiche Wahlbündnisse wie etwa in Barcelona, wenig später die unerwartete Zustimmung zu Bernie Sanders und Jeremy Corbyn, aber auch der emblematische Konflikt im Sommer 2015 in Griechenland werden dargestellt und der rechten bis rechts-extremen „demagogischen Revolte“ gegenübergestellt. „Die konsequente Neoliberalisierung der europäischen Staaten hat Spuren hinterlassen. Für demagogische, rechtspopulistische Bewegungen und Parteien schuf diese einen idealen Nährboden.“ (S. 108) Das unglaubliche Verhalten auch linker Politiker, sich nach Beendigung ihrer Ämter in lukrative Aufsichtsratsposten hieven zu lassen, ist Teil davon.

Politisch interessant ist ein abgedruckter Facebook-Eintrag der Autorin am Tag nach der Wahl von Donald Trump zum us-amerikanischen Präsidenten im November 2016. Dort heißt es unter anderem: „Die Linke, wenn sie denn etwas verstehen will, muss fragen.“ Und Ypsilanti formuliert einige drängende Fragen im Hinblick auf den Erfolg Trumps. Der Eintrag schließt: „Entweder die Linke kämpft, oder sie verliert weiter.“ (S. 104f.) Spannend ist auch die richtige Zurückweisung der These, die Politik von Trump müsste der linken Globalisierungskritik doch eigentlich taugen.

EINE EIGENE MELODIE

Im letzten Drittel des Buches geht es um die Zukunft emanzipatorischer Politik. „Die Suche nach der eigenen Melodie“ lautet der Titel eines bemerkenswerten Kapitels und als Ausgangspunkt wird formuliert: Sozialdemokratie, sozialistische Parteien oder die sozialen Bewegungen in Europa „verfügen gegenüber der neoliberalen Globalisierung weder über eine gemeinsame Analyse, noch über eine übergreifende Perspektive.“ (S. 125) Ja mehr noch: „Die Sozialdemokratie als Reparaturbetrieb am Krankenbett des Kapitalismus hat auch manche Maschine wieder zum Laufen gebracht, indem sie schlicht Teile austauschte. Diese Prozesse, so meine Überzeugung, sind an ihre Grenzen gekommen. Die Lösungen müssen grundlegender und umfassender sein. Sie müssen über den nationalstaatlichen Rahmen hinausweisen.“ (Ebd.)

Es folgt die scharfsinnige Diagnose einer Kennerin und Protagonistin der Sozialdemokratie, die deren aktuelle politische Schwäche auch in den Strukturen und im Selbstverständnis der Partei verortet. Die Anpassung erfolgte auch, weil viele kritische Köpfe die Partei verlassen haben, weil es trotz

aller internen Kritik doch eine hohe Loyalität mit der Parteispitze gibt und weil historische Vorwürfe wie etwa jener der „vaterlandslosen Gesellen“ aus dem 19. Jahrhundert bis heute tief sitzen.

Das bringt sie zu einer wichtigen Aussage, deren Tragweite verstanden werden muss: „Historisch überlebt hat die Sozialdemokratie zum einen eben genau aus dem Grund, dass sie Differenz, Diskurs und Streit zuließ. Die Strömungen und Fraktionen innerhalb der Partei waren auch immer Transmissionsriemen und Katalysatoren für neue gesellschaftliche Tendenzen und kulturelle Wandlungen.“ (S. 130f.) Demgegenüber „öden Inszenierungen vieler Parteitage die Zielgruppen nur noch an.“ (S. 131) Die zehnmütigen Ovationen für SpitzenkandidatInnen sind für Ypsilanti politisches „Fast Food“. Die einstmals stolze SPD leide heute unter „Fremdbestimmung“, indem sie sich von den Medien die vermeintlich besten KandidatInnen und Themen vorgeben lasse (so etwa die Kanzlerkandidaten 2009, 2013 und 2017).

Die Herausforderung bestehe also darin, dass Aufbruch und Aufbegehren entstehe und damit der Bruch mit den Ritualen und Routinen der Apparate. „Die Sozialdemokratie hat ihre größte Stärke, Programm- und Mitgliederpartei in einem zu sein, ohne Not, aber sehr konsequent aus der Hand gegeben.“ (S. 136) Die Impulse fehlen.

Mitte August 2018 wird an Aussagen der SPD-Spitze zumindest im Ansatz bestätigt, was Ypsilanti vehement fordert: Inhaltlich zentral wird für das Überleben der deutschen Sozialdemokratie sein, den Fehler der Agenda 2010 einzugestehen und nicht nur kleine Korrekturen vorzunehmen.

Doch die Perspektive von Ypsilanti für sozialdemokratische Politik auf der Höhe der Zeit geht deutlich weiter. „Wer nicht mehr versucht, eine eigene emanzipatorische Vorstellung von der vernünftigen Einrichtung der Gesellschaft zu entwickeln und für diese intellektuell und emotional einzutreten, ist eben auch nicht in der Lage, eine Alternative zu zeigen.“ (S. 139)

Ein umfassender Kampf um gesellschaftliche Hegemonie muss geführt werden: Also um die herrschenden Deutungsmuster, um die Organisation von Zustimmung zu den materiellen und symbolischen Vorschlägen, wie Wirtschaft und Gesellschaft organisiert sein sollen, um Führungsfähigkeit und Führung.

Sich auf das Spiel von Personen und Kandidaten einzulassen, reicht nicht. „Das zeigen die ‚Auswechslungen‘ von Christian Kern in Österreich oder Martin Schulz in Deutschland, sehr deutlich: Kurzfristig mögen sie positiv wirken. Das ist wie bei Trainerwechseln. Wenn sich jedoch die Spielweise und Philosophie nicht ändern, verpuffen die Effekte. Es bedarf daher der kritischen Reflexion der eigenen Politik ebenso wie einer strategisch-programmatischen (Neu)Positionierung.“ (S. 142)

Ypsilanti plädiert unter anderem für ein Wohlstandmodell, das sich von der Fixierung auf das kapitalistisch getriebene Wachstum verabschiedet. Entsprechend müssen Kämpfe und Konflikte ausgetragen werden. Die Sozialdemokratie müsste sich deutlicher gegen den „Klassenkampf von oben“ stellen und die Orientierung an einer „Marktsozialdemokratie“ aufgeben. „Eine Sozialdemokratie, die wieder kämpfen will, muss politisch-ökonomische Machtfragen stellen, die die sozialen Klassen, für die die Sozialdemokratie historisch angetreten ist und zeitgenössisch vorgeblich steht, mitnehmen und ihnen eine Perspektive weisen.“ (S. 148) Die Autorin fordert etwa, „die auf gefühlten hundert Parteitag beschlossene Vermögenssteuer“ endlich auch durchzusetzen und sich nicht als „Steuererhöhungspartei“ von interessierter Seite denunzieren zu lassen (ebd.). Aber auch die Ausgabenseite des Staates müsse gründlich überdacht werden.

TRANSFORMATIONSSOZIALDEMOKRATIE

Im Kern geht es um eine „radikale Reformpolitik“, die im 6. Kapitel des Buches entlang einiger Bereiche skizziert wird. Dass dies nicht erschöpfend ist, versteht sich von selbst. Es geht Ypsilanti darum, einige Impulse zu setzen für eine „Transformationssozialdemokratie“, die sich dem neoliberalen Mainstream und der eigenen Verwicklung darin widersetzt.

Vier Felder werden genauer umrissen. Zum einen geht es um ein Neudenken und –machen von Arbeit, unter anderem entlang der Fragen, wie Menschen über ihre Zeit verfügen und wie die gesellschaftliche Arbeitsteilung organisiert ist, wie die Aneignung von Arbeitskraft vor sich geht bzw. wer davon profitiert. „Freie Zeit“ von Menschen – so wird im Anschluss an Marx argumentiert – bedeutet nicht „Freizeit“ im bürgerlichen Sinne, sondern neben guter Erwerbsarbeit auch verfügbare Zeit. „Die verfügbare Zeit ist die Kampfarena der kapitalistischen Gesellschaft. Die Rückeroberung dieser kostbaren Ressource wäre ein idealer Einstieg in einen Gesellschaftsumbau mit weitreichenden Folgen.“ (S. 166) Insofern

hat die Wiederaufnahme der Kämpfe um Arbeitszeitverkürzung „emanzipatorische Sprengkraft“ (S. 169).

Weiters sollte das Verständnis von Arbeit nicht nur in Programmen, sondern auch in der realen sozialdemokratischen Politik deutlich über die Erwerbsarbeit hinausgehen und auch den Sektor der Reproduktions- bzw. Sorgearbeit aktiv gestalten. Ypsilanti verweist auf den von Gabriele Winker eingeführten Begriff der „Care-Revolution“, mit dem das Prinzip der Sorge und nicht das von Profit und Macht in den Mittelpunkt gestellt werden sollte. Das alles muss eingebettet werden in Formen europäischer Sozialstaatlichkeit und der Bereitstellung „sozialer Infrastrukturen“ durch den Staat. Ypsilanti diskutiert auch die Pro- und Gegenargumente eines bedingungslosen Grundeinkommens und spricht sich als Projekt und vor allem die damit anzustoßenden politischen Prozesse dafür aus.

Das ist verbunden mit der Sinnhaftigkeit der Produktion selbst: „Man baut Elektroautos, Haushaltsroboter und technologischer Dienstleister. Aber nicht um zu entschleunigen und zu entlasten oder grundlegend die Natur zu schonen. Das sind lediglich die Versprechen derjenigen, die diese Produkte bewerben und verkaufen wollen. Tatsächlich wird weiter beschleunigt. [...] Im Regime des Kapitalismus wird sie (die Technologie) jedoch zum Beschleuniger der Ausbeutung.“ (S. 162)

Ein hochaktueller Verweis auf Herbert Marcuse und seinen Arbeiten vor etwa 50 Jahren blieb mir beim Lesen besonders haften. Sozialdemokratische Politik rechtfertigt sich oft mit dem Ziel, den Lebensstandard der Menschen erhöhen zu wollen. Marcuse hat angemerkt, dass dieser auch Unterdrückung rechtfertigen kann, weil damit nämlich die herrschenden Verhältnisse und das Leistungsprinzip affirmiert würden. Ypsilanti zitiert Marcuse: „Jenseits dieses Prinzips würde das Lebensniveau mit anderen Kriterien bemessen; dort würde es sich um andere Dinge handeln: um die weltweite Befriedigung menschlicher Grundbedürfnisse und um die Freiheit von Schuld und Angst.“ (S. 176) Das passt sich gut in ein Plädoyer für ein anderes, nicht primär kapitalistisch organisiertes Wohlstandsmodell ein.

Eine zweite Leitlinie sozialdemokratischer Politik muss sein, die vorherrschende Verfügung über Kapital und Eigentum zu hinterfragen. Hier wird auf den reichen historischen Schatz sozialdemokratischer Ansätze verwiesen, nämlich die Teilhabe der Beschäftigten am Produktivkapital, Genossenschaften, Mitbestimmung, kommunales Eigentum an der Da-

seinsvorsorge und vieles mehr. Diese Ansätze müssen in Zeiten der Globalisierung, Digitalisierung und angesichts der Macht des Finanzkapitals reformuliert werden – aber sie sind integraler Bestandteil emanzipatorischer Politik.

Ein drittes Feld ist eine angemessene Bearbeitung der ökologischen Krise, ein Feld, auf dem Ypsilanti fast allen sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien und Gewerkschaften „ökologische Ignoranz“ unterstellt, weil sie eine international und die Natur ausbeutende Produktions- und Lebensweise nicht infrage stellen würden (S. 197). Sie warnt hier vor einer oftmals nur in Sonntagsreden plakativ postulierte und damit vermeintliche Versöhnung von „Ökologie und Ökonomie“ wie sie aktuell in Ansätzen zur „Grünen Ökonomie“ en vogue sind. Das ist Augenauswischerei solange die drängenden ökologischen Probleme nicht mit sozialen und Machtfragen – und damit wiederum mit Fragen zur Verfügung über die Produktionsmittel – verbunden werden. Die ökologische Frage „ist im Kern eine Frage von globaler Gerechtigkeit.“ (S. 194) Sie führt das am notwendigen Umbau der Automobilindustrie und einer wachstumskritischen Position aus.

Das vierte Feld ist jenes der Demokratie. Dabei spricht die Autorin, wichtig genug in Zeiten der Entdemokratisierung und autoritärer Politik, einen wichtigen Sachverhalt an: Demokratie kann nicht „von oben“ verordnet und durch Parteiprogramme herbeigeredet werden, sondern muss in Auseinandersetzungen, Bildungs- und Lernprozessen entstehen. Damit kann auch neues Wissen um bessere Zustände generiert werden. Die Rolle der Sozialdemokratie bestünde darin, Teil eines demokratischen und übergreifenden zukunftsfähigen Projekts zu sein, das eben überhaupt erstmal auf der Höhe der Zeit zu formulieren wäre.

EIN NEUES DREHBUCH

Das letzte Kapitel ist faszinierend in der Beantwortung der Frage, die das Buch im Untertitel trägt: „Und morgen regieren wir uns selbst.“ Ypsilanti entwickelt einen Gedanken des französischen Existentialisten Albert Camus aus seinem Buch von 1951 „Der Mensch in der Revolte“ (Rowohlt-Verlag 2006) weiter. Die notwendigen, Zusammenhänge herstellenden und den Menschen sowie kollektiven Akteuren Orientierung stiftenden „großen Erzählungen“ kommen nicht von außen, sondern müssen die Verantwortlichkeit der Menschen berücksichtigen bzw. an diese appellieren. Weiters sollten die vielen bestehenden Initiativen und Alternativen sichtbar gemacht werden. Das ist eine Herausforderung in

entpolitisierten und „post-demokratischen“ Zeiten, doch es bleibt die Notwendigkeit eines neuen Drehbuchs, „welches die Fragen auf den Punkt bringt, mit sich und uns ringt um eine soziale, ökologische und kulturelle Revolution der bestehenden Verhältnisse.“ (S. 206) Ein solches Drehbuch müsste bescheidener und mutiger sein. Das Mutige hat Ypsilanti in dem Buch deutlich dargestellt. Bescheidener deshalb, weil nicht vom zu formenden „neuen Menschen“ oder einer allwissenden Avantgardepartei ausgegangen werden kann.

Es geht – mit Camus – um ein „mittelmeerisches Denken“, das gegen Fortschrittsgläubigkeit und ein lineares Geschichtsverständnis („immer mehr Wachstum“), gegen übergreifende Planung und Vorschriften unter anderem dahingehend orientiert: Weniger materielle Produktion und mehr Maßhalten, für eine angestrebte Versöhnung mit der Natur und ein sinnliches Leben (S. 207ff.).

Ebenfalls im Anschluss an Camus insistiert Ypsilanti auf einen Sachverhalt für emanzipatorische Politik, auf den aktuell in Österreich Andreas Novy (in Anlehnung an Karl Polanyi) immer wieder hinweist und der einigen Sprengstoff gegen das neoliberale Denken und die neoliberalen Rechtfertigungen von Politik birgt: Sich das Verständnis und die Realisierung von Freiheit nicht von den Rechten nehmen zu lassen und das von dort aufgezwungene falsche Spiel „Gerechtigkeit/Gleichheit versus Freiheit“ nicht mitzuspielen. Denn wirkliche Freiheit bedeutet demokratisch vereinbarte Regeln, Einhegung der Freiheit der Mächtigen, die sinnvolle Setzung von Grenzen (und nicht die aktuell viele Menschen in den Tod reißen den Grenzen Europas). Mit Camus: „Die Revolte ist keineswegs eine Forderung nach vollständiger Freiheit. Im Gegenteil, die Revolte macht der vollständigen Freiheit den Prozeß. Sie bestreitet gerade die unbegrenzte Macht, die einem Höheren gestattet, die verbotene Grenze zu verletzen.“ (dort S. 320) Der französische Philosoph kritisierte die totalitären Systeme, die sich über dem Individuum stehend wähten. Doch es ist eben auch eine Kritik am liberalen Freiheitsbegriff, der nicht mehr von Macht und Herrschaft, Reichtum und Eigentum sprechen möchte.

Ypsilanti plädiert für die „Rückeroberung“ des Sozialismus-Begriffs im Sinne eines humanen und demokratischen Sozialismus. „Sich selbst regieren zu wollen“ bedeutet kritische Reflexion und Offenheit, Impulse aufzugreifen, Widerstand gegen die Zumutungen der aktuellen neoliberalen Politik (eben auch in Gestalt des sozialdemokratischen „pro-

gressiven Neoliberalismus“), die Formulierung attraktiver Alternativen. Damit wären auch Möglichkeiten utopischen Denkens, für die Ypsilanti eine gewisse Sehnsucht ausmacht, eröffnet.

Ein kurzes Postskriptum umfasst einen spannenden Facebook-Eintrag der Autorin zwei Tage nach der Bundestagswahl im September 2017 und einen Aufruf angesichts des Debakels der Wahl (die SPD stürzte bekanntlich auf 20,5 Prozent der Stimmen ab und die AfD erhielt aus dem Stand fast 13 Prozent): „Will die Sozialdemokratie dieses Mal nicht wieder die Ursachen ihres Scheiterns verdrängen, bedarf es eines organisierten Erneuerungsprozesses, der alle Ebenen miteinbezieht.“ (S. 224) Sie muss ihren eigenen Weg hin zu einer transformatorischen Kraft finden und als solche wird sie „dringend gebraucht in Deutschland, aber vor allem auch in Europa.“ (S. 225)

FAZIT

Der Verfasserin gelingt in der Tat eine spannende Streitschrift. Es wird nichts schön geredet, aber immer wieder auf Widersprüche und emanzipatorische Spielräume hingewiesen. So entsteht ein klares Bild, wie umkämpft der Niedergang der deutschen und auch europäischen Sozialdemokratie war, dass es eben immer auch Alternativen gegeben hätte. Es handelt sich um keine parteipolitische Nabelschau oder „Abrechnung“ mit der deutschen SPD, sondern um eine realistische Analyse, die sich immer wieder auf europäische und weltweite Entwicklungen bezieht.

Faszinierend liest sich dieses Buch auch durch die vielen angemessenen Verweise auf aktuelle und historische wissenschaftliche Diskussionen. Das sind keine schmückenden Zitate, sondern die Bezüge zum Denken von Theodor W. Adorno, Frigga Haug oder Joachim Hirsch bzw. zu einer jüngeren Generation kritischen WissenschaftlerInnen wie Sonja Buckel oder Jens Wissel sind zentral, um die eigene Argumentation zu schärfen.

Eigentlich habe ich gar keine Kritikpunkte, sondern finde die im Buch gesetzten Impulse überaus anregend. Für Debatten in Österreich wäre zu berücksichtigen, dass einerseits die SPÖ sich zwar auch neoliberalisierte, aber nicht den harten Einschnitt einer Agenda 2010 der SPD formulierte. Umgekehrt hat Ypsilanti einen positiven Bezug auf gesellschaftliche Aufbrüche im (West-)Deutschland der letzten fünf Jahrzehnte auf verschiedenen Ebenen – auch in der Zivilgesellschaft. Dies-

bezüglich gibt es im ungleich autoritäreren Österreich weniger Anknüpfungspunkte. Und schließlich ist das rechte und rechtsextreme Projekt hierzulande mit der ÖVP und FPÖ weit aus stärker gesellschaftlich verankert als es in Deutschland mit der AfD – mit Ausnahme Bayerns und der CSU – der Fall ist.

Schade, dass Andrea Ypsilanti nach 20-jähriger Mitgliedschaft im hessischen Landtag bei den Wahlen in diesem Oktober nicht mehr antreten wird. Die Mitbegründerin und Vorstandssprecherin des Instituts Solidarische Moderne (ISM) wird sich künftig stärker auf die politisch-konzeptionelle Arbeit konzentrieren. Als Querdenkerin und mutige Macherin innerhalb der SPD sucht sie ihresgleichen. 🍀



Andrea Ypsilanti (2017):
Und morgen regieren wir uns selbst.
Eine Streitschrift.
Frankfurt/M: Westend.
256 Seiten. 18,50 EUR.

ULRICH BRAND

ist Professor für Internationale Politik am Institut
für Politikwissenschaft der Universität Wien.



SAGMEISTER & WALSH: Beauty

Sagmeister & Walsh, Obsessions make my life worse and my work better
[Obsessionen verschlechtern mein Leben und verbessern meine Arbeit], 2016
© Sagmeister & Walsh, New York



Marx biographisch

Karl Marx is alive and well – so hat es den Anschein, wenn man das wachsende Genre an Marx-Biographien auf dem Buchmarkt betrachtet. Im 200-Jahr-Jubiläum des alten Karl von Trier stehen Leben wie Schaffen in der Aufmerksamkeit wie selten zuvor. **Armin Puller** bespricht einige der interessanteren Veröffentlichungen.

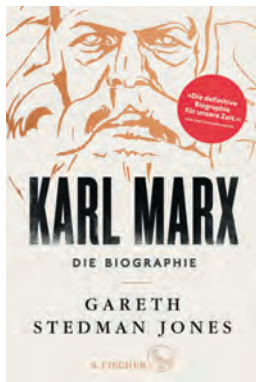
Der französische Philosoph Louis Althusser formulierte einmal, dass Karl Marx einer der größten Denker der Geschichte ist und in einer Reihe mit Thales und Galileo steht: Thales öffnete den Kontinent der Mathematik für die Wissenschaft, Galileo den Kontinent der Physik und Marx jenen der Geschichte. Größen des Denkens haben zumeist mit Anfeindungen zu kämpfen, da sie sich gegen die gängigen Vorstellungen richten. Marx steht hier in einer Reihe mit Kopernikus und Freud: Kopernikus zeigte, dass die Erde nicht das Zentrum des Universums darstellt. Freud zeigte, dass das autonome Bewusstsein nicht das Zentrum des Subjekts ist, sondern sogar nur ein kleiner Bestandteil des psychischen Apparats. Und Marx zeigte (noch vor Freud), dass das menschliche Wesen nicht das Zentrum der Geschichte darstellt, sondern Menschen in gesellschaftlichen Verhältnissen positioniert sind.

Die Geschichte der realsozialistischen Diktaturen und der Triumph des neoliberalen Kapitalismus haben Marx auf gewisse Weise in der Schublade verschwinden lassen. Die Finanz- und Wirtschaftskrise in den Zentren des Westens hat seinen Überlegungen zur kapitalistischen Produktionsweise nun wieder Aufmerksamkeit eingebracht. Solange die soziale Frage ein fixer Bestandteil menschlicher Gesellschaft sein wird, wird Marx wohl zumindest immer als Gespenst herumgeistern, wie es schon Jacques Derrida einmal prophezeite.

Das Interesse an Marx war immer eines an seinem Werk, seiner Analyse der Gesellschaft ausgehend von Klassenkämpfen sowie an den Ausführungen über den Kapitalismus und seinen Tendenzen. Marx' Biographie war dagegen kaum jemals von Interesse – einerseits, weil Marx selbst die Geschichte immer als Ergebnis der Auseinandersetzungen klassenformiger AkteurInnen verstand und nicht als Ergebnis der Geschehnisse großer Männer; andererseits, weil das Leben von Marx scheinbar keine ausreichend attraktiven Bezugspunkte

aufbietet: Die längste Zeit seines Lebens lebte er in Prekariät, war abhängig von Zuwendungen seines Freundes Friedrich Engels, verbrachte nach dem Scheitern der Revolution von 1848 die meiste Zeit in Bibliotheken, und dann war noch die Geschichte der Affäre mit der Haushälterin Helena Demuth, die 1851 ein Kind gebar, wodurch die Familienverhältnisse künftig unter Anspannung standen.

Nichtsdestotrotz erobern seit einigen Jahren Marx-Biographien den Buchmarkt und ihre teilweise sehr hohen Verkaufszahlen sprechen dafür, dass ein großes Publikum Marx in erster Linie durch die Brille dieser Bücher kennenlernt. Die meisten dieser Bücher sind – es ist dies sicherlich ein Manko vieler Biographien großer Persönlichkeiten – von fragwürdiger Qualität, beruhen auf mangelhaften Recherchen, Desinteresse für das theoretische Werk, die politische Vision und die historische Epoche von Marx, und beleuchten eher die Phantasien ihrer AutorInnen. Die interessanteren Veröffentlichungen werden im Folgenden vorgestellt.



Gareth Stedman Jones (2017):
Karl Marx.
Die Biographie; Frankfurt/M.:
Fischer. 896 Seiten. 32,90 EUR.

Lange Zeit war das Feld der Marx-Biographien von fragwürdigen Büchern geprägt: Francis Wheens Biographie ist kaum von seriösen Recherchen gekennzeichnet und behandelt das theoretische Werk bestenfalls oberflächlich. Jonathan

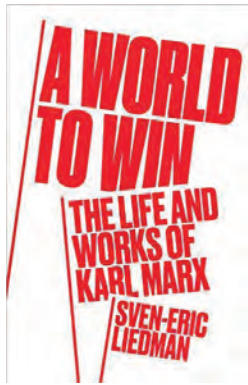
Sperbers Biographie ist deutlich qualitativer, jedoch in einer Weise von Ressentiments und Desinteresse geprägt, dass am Ende die Frage bleibt, warum einem scheinbar derart rückwärtsgewandten und einfalllosen Mann wie Karl Marx überhaupt eine Biographie gewidmet werden sollte. Im Unterschied zu Sperber und Wheen stellt Stedman Jones' Biographie die erste zumindest methodisch seriösere Aufarbeitung dar.

Als Professor für Ideengeschichte in London, langjähriger Mitherausgeber der einflussreichen Zeitschrift *New Left Review* und als Experte für den französischen radikalen Frühsozialisten Charles Fourier ist Stedman Jones ein würdiger Marx-Biograph. Die Differenzen, die Stedman Jones' Buch zum bisherigen Feld auszeichnen, sind beachtlich. Das Buch war alleine dadurch schon eine Besonderheit, dass es auf Kenntnissen des Werks von Marx beruht, großteils echte Recherche vorhanden ist und mitunter sehr differenzierte Begründungen an den Tag gelegt werden. So weiß der Autor etwa zwischen Marx, dem Marxismus und den Verbrechen realsozialistischer Diktaturen zu unterscheiden, anerkennt die demokratischen Bestrebungen von Marx für eine Gesellschaft ohne Unterdrückung, für demokratische Masseninvolvierung, Selbstentfaltung der Individuen, Selbstbestimmung und Emanzipation und hält sich auch vergleichsweise stark zurück, phantasievolle Anekdoten zum Besten zu geben. Das englische Original von 2016 wurde sogleich 2017 auf Deutsch übersetzt und erlebt seither viele Auflagen.

Wenngleich viele Ausführungen des Buches überzeugend sind, krankt es doch an einer bestimmten Grundeinstellung, die zudem vielfach unzureichend begründet wird: Stedman Jones betrachtet Marx als einen Mann des 19. Jahrhunderts, der uns im Wesentlichen heute nichts mehr zu sagen hätte. Es ist durchaus ein Kennzeichen großer Teile der britischen

Erforschung der politischen Ideengeschichte, große Denker (von Platon über Machiavelli und Hobbes bis zur DenkerInnen der Gegenwart) als im Wesentlichen historisch eingebettete Figuren zu verstehen, die versucht haben, in ihre Zeit zu intervenieren. Folglich seien diese DenkerInnen auch nur für ihre Zeit von Relevanz. Die Grundlagen dieser Denkweise sind von der Cambridge School of Intellectual Thought ausgearbeitet worden und ihre Proponenten, etwa Quentin Skinner, sind durchwegs Größen des akademischen Feldes, von deren Büchern man viel lernen kann. Zugleich ist diese Interpretationsweise der Ideengeschichte oftmals auch langatmig, entpolitisiert und häufig um die politökonomischen Kontexte und die Geschichte der politischen Kämpfe kastriert. Diese Vorwürfe lassen sich Stedman Jones nicht unbedingt machen, auch wenn sie in der Rezeption des Buches aufgetaucht sind.

Das Problem des Buches besteht vielmehr darin, dass es dem Autor nicht überzeugend gelingt, die im englischen Untertitel angekündigte „Größe“ des Karl Marx darzustellen. Marx verschwindet zu einer relativ unbedeutenden Person des 19. Jahrhunderts, die sich politisch häufig geirrt hat, schwerfällige Bücher verfasste und außerdem ökonomietheoretische Arbeiten anderer verarbeitet habe, die aber in heutigen Zeiten kaum Erklärungskraft hätten. Der volle englische Untertitel des Buches (der im Deutschen weggelassen wurde) lautet „Greatness and Illusion“ und es ist der zweite Aspekt, auf den Stedman Jones hinweisen möchte: Marx wäre im Kern ein Illusionär gewesen, verbohrt und festgefahren in romantischen Ideen, Dogmatismus und Determinismus. Es ist daher auch kein Wunder, dass Stedman Jones die posthumen Marx-Veröffentlichungen der letzten Jahre und auch große Teile der Debatte schlicht ignoriert, dem Hauptwerk des Kapital nur geringen Raum widmet und das Buch mit der impliziten Auskunft schließt, dass Marx eben ins 19. Jahrhundert gehöre. Je tiefer man in das Buch vordringt, desto stärker verfestigt sich der Eindruck, dass sich die Zielsetzungen des Autors von jenen von Sperber nur wenig unterscheiden. Grundsätzlich ist es natürlich nicht illegitim, wenn Intellektuelle die Position vertreten, dass Marx in die Mottenkiste gehöre. Warum jemand mit dieser, in liberalen bis bürgerlichen Milieus durchaus nicht unkonventionellen Einstellung aber eine Marx-Biographie schreibt, ist eigentlich nicht ganz einsichtig.



Sven-Eric Liedman (2018):
A WORLD TO WIN.
THE LIFE AND WORKS OF
KARL MARX;

London: Verso. 768 Seiten. £
 35,00.

Liedman ist ein schwedischer Sozialwissenschaftler und Philosoph, der auf Schwedisch einige Standardwerke zur Geschichte der politischen Theorie veröffentlicht hat. Sein

Buch über Marx profitiert davon insofern, als es nicht nur das Leben von Marx behandelt, sondern auch in gleichem Ausmaß sein Werk und dessen Entwicklung. Derzeit zwar erst auf Englisch übersetzt, ist es eine sehr gelungene und auch schön zu lesende Einführung und Diskussion in Marx' theoretisches Werk. Eine Besonderheit der Darstellung liegt darin, dass Marx' Analyse der kapitalistischen Produktionsweise und der modernen kapitalistischen Klassengesellschaften nicht als Relikt längst vergangener Zeiten aufgefasst, sondern als für die Gegenwart bedeutsam eingeschätzt wird.

Das Buch folgt einer chronologischen Ordnung des Lebens von Marx und wird von längeren Kapiteln zu zentralen Werken unterbrochen, in denen Entstehungskontext, Inhalt und Wirkung im Zentrum stehen. Diese widmen sich den zu Lebzeiten unveröffentlichten Pariser Manuskripten (1844), dem Kommunistischen Manifest (1848), den ebenfalls lange unveröffentlichten Grundrissen (1857), die eine Vorarbeit zum Kapital bildete, und dem Kapital selbst (Erstausgabe des ersten Bandes: 1867). Insbesondere diese Kapitel verbinden eine hohe inhaltliche Qualität basierend auf Argumentationen häufig auf dem letzten Stand der heutigen Marxrezeption (die von neueren Textgrundlagen der Marx'schen Schriften profitiert) mit einem flüssigen Stil, wie er für gute Biographien vorliegen sollte.

Vor allem das Kapitel zu Marx' Zeit in Paris von Oktober 1843 bis Februar 1845 ist ein Lesegenuss. Liedman gelingt es, diese prägende Zeit und ihre Wirkung auf Marx einzufangen. Marx war in Preußen für seine journalistische Arbeit im Rahmen der Rheinischen Zeitung, dessen Chefredakteur er in jungen Jahren wurde, des Landes verwiesen worden und emigrierte nach Frankreich. Das politische Klima in Paris hätte unterschiedlicher nicht sein können: Frankreich hatte nach der Revolution 1789 noch eine weitere Revolution

1830 erlebt, die zwar wenig erfolgreich war, aber eine Radikalisierung vieler Milieus mit sich brachte, die auch auf Marx einen Eindruck machte. Entgegen dem deutschen Radikalismus, der verschiedene Varianten philosophischer Spekulation als höchste Form der politischen Praxis an den Tag legte, diskutierte man in Frankreich den Sozialismus und Kommunismus, den Umsturz der bürgerlichen Gesellschaft, die Diktatur des Proletariats und sogar die Emanzipation der Frauen, dachte in Kategorien des politischen Kampfes und gesellschaftlicher Interessen. In den Pariser Salons trafen Radikale, die Intelligenz des Landes, KünstlerInnen und exilierte Deutsche aufeinander und lebten in ungewohnter Freiheit. Das politische Denken Frankreichs eröffnete Marx neue Möglichkeiten, die Gesellschaft ausgehend von sozialen Verhältnissen und sozialen Kämpfen zu denken, wofür die in Deutschland vorherrschenden theoretischen Kategorien über Weltgeist und Vernunftprinzip, menschliches Wesen und Entfremdung nur wenig dienlich waren. Paris stand auch für die Bekanntschaft mit Friedrich Engels, aus der eine lebenslange Freundschaft und Zusammenarbeit folgte.

Die Pariser Erfahrung war für die Entwicklung von Marx vermutlich eine der bedeutendsten, wie man an der Ausarbeitung seines Werks sehen kann: In den Pariser Manuskripten, die erst im 20. Jahrhundert veröffentlicht wurden (und eine philosophisch-anthropologische Lesart von Marx begründeten), versuchte Marx die neuen Erfahrungen von politischem Aktivismus, Massenbewegungen und gesellschaftlicher Transformation mit den theoretischen Instrumenten der deutschen Philosophie (Hegel, Junghegelianismus, Feuerbach) zu denken. Da diese in erster Linie Fesseln darstellten, sprengt die Argumentation regelmäßig die Kategorien. Fortan wurde Marx klar, dass der Kapitalismus in erster Linie durch einen neuen Fokus verstanden werden muss: über Eigentumsverhältnisse, materielle Produktion, Arbeit und Ökonomie. Liedmans Buch zeigt die Entwicklung in schlüssiger Weise auf und diskutiert die Auseinandersetzungen, die Marx führte, um 1845 eine erste Variante der materialistischen Geschichtsauffassung ausarbeiten zu können, die dann 1848 im Manifest der kommunistischen Partei gipfelte. Als Ausgangspunkte zum Verständnis der Welt, setzt es den Klassenkampf zwischen den zahlreichen, unterschiedlich in den Produktionsverhältnissen positionierten, sozialen Klassen, sowie die Struktur und Funktionsweise der kapitalistischen Gesellschaft, die auf der ökonomischen Ausbeutung der Lohnarbeit und der politischen Unterdrückung der beherrschten Klassen beruht.

Marx arbeitete Zeit seines restlichen Lebens an der Ausarbeitung der Theorie des Kapitalismus. Liedman stellt dar, dass es sich dabei nicht nur um eine neue revolutionäre ökonomische Theorie handelt, die vom Widerspruch von Kapital und Arbeit ausgeht, sondern zugleich auch um eine Theorie der Gesellschaft, in der die Grundlagen von Ausbeutung und Unterdrückung erklärt sind. Auch wenn der Schwerpunkt des Buches auf dem Werk von Marx liegt, spürt es auch Marx' Einsatz als Journalist und Politiker nach. Dazu zählen der Aufbau der Neuen Rheinischen Zeitung nach der Revolution 1848 in Deutschland ebenso wie der Einsatz für die Internationale Arbeiterassoziation, eines Zusammenschlusses von ArbeiterInnenorganisationen in Europa, in der Marx eine gewichtige Rolle spielte, sowie auch Vortragstätigkeiten und Diskussionen mit VertreterInnen aus zahlreichen Ländern. Der Umfang des Buches macht eine vollständige Diskussion an dieser Stelle unmöglich, ist aber jedenfalls sehr gerechtfertigt. Fern von hagiographischen Anwandlungen, ist es eine ernsthafte und lesenswerte Gesamtdarstellung von Marx' Werk. Auch wenn stellenweise das Hegel'sche Erbe bei Marx etwas mutwillig übertrieben wird, ist Liedmans Buch neben Terry Eagletons „Warum Marx recht hatte“ die derzeit wahrscheinlich beste und zugänglichste einführende Monographie zu Marx und man darf auf eine baldige Übersetzung ins Deutsche hoffen.



Michael Heinrich (2018):
**KARL MARX UND DIE
 GEBURT DER MODERNEN
 GESELLSCHAFT.**
 BIOGRAPHIE UND WER-
 KENTWICKLUNG. BAND I:
 1818-1841;
 Stuttgart: Schmetterling. 422
 Seiten. 30,70 EUR.

Bahnbrechende Biographien gibt es auch auf Deutsch. Michael Heinrich hat sich daran gemacht, Marx' Leben und Schaffen in drei Bänden zu behandeln, von denen derjenige über Marx' erste Lebensspanne soeben erschienen ist. Der zweite ist für 2020 geplant; der dritte für 2022. Heinrich gehört nicht unbedingt zu denjenigen, von denen man eine Biographie erwarten würde. Als Genre haben Biographien bekanntlich nicht unbedingt den Ruf, von den besten HistorikerInnen oder SozialwissenschaftlerInnen verfasst zu werden, auch wenn es für diese Ansicht viele Ausnahmen gibt. Wenn man Heinrich einordnen möchte, dann ist er mit Sicherheit der Idealtypus eines Marx-Exegeten. Kaum jemand im deutschsprachigen Raum kann beanspruchen, für die Marxforschung mehr geleistet zu haben als Heinrich, der auch in der Herausgabe und Interpretation der historisch-kritischen Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA) federführend aktiv ist. 1990 veröffentlichte Heinrich mit dem Buch „Die Wissenschaft vom Wert“ eine der wahrscheinlich wichtigsten Monographien zum Kapital, das die Beziehungen von Marx zur klassischen politischen Ökonomie ebenso detailliert und sorgfältig behandelt wie die theoretische Entwicklung von Marx, sowie die Stärken, Bruchlinien und Schwächen des Kapital diskutiert. Zahlreiche weitere Bücher zum Kapital folgten, darunter die auflagenstarke Einführung „Kritik der politischen Ökonomie“.

Heinrichs Marx-Biographie vertritt den gleichen rigorosen Standard wie seine restlichen Bücher. Die Grundlagen seiner Arbeitsweise werden in einem eigenen Anhang des Bandes dargelegt, der eine Kritik traditioneller Biographik formuliert. Während die traditionelle Biographik dem porträtierten Individuum eine Teleologie der Lebensgeschichte zuweist, dieses in eine kohärente Erzählstruktur presst und häufig Allwissenheit demonstriert, anerkennt Heinrichs Herangehensweise, die einer Art „neuen Biographik“ folgt, dass Lebensläufe immer von Brüchen geprägt sind und Biographien nicht Abbildungen eines Lebenslaufs vermittels des Nacherlebens und

Einfühlen darstellen, sondern vielmehr perspektivische Interpretationsprozesse, deren Grundlagen offengelegt werden müssen. Als Folge dieser Arbeitsweise spürt Heinrich auch Aspekten von Marx' Leben nach, die sich in die üblichen Teileologien von Marx als dem großen Wissenschaftler oder Politiker nicht einordnen lassen, diskutiert verschiedene Interpretationen verfügbarer Fakten, verweist auf die Fragwürdigkeit einiger vielverwendeter Quellen und populärer Mythen und entdeckt mitunter zahlreiche interessante Dinge.

Der Lebensabschnitt, dem sich Heinrich hier widmet, ist gewöhnlich nicht derjenige, der bei Marx-Biographien im Zentrum steht. Das spezifische politische und ökonomiekritische Denken von Marx wurde erst in den Jahren entwickelt, die den zweiten Band von Heinrichs Projekt ausmachen werden. Was hat dieser Band also zu bieten? Im ersten Abschnitt geht es um Marx' „verschollene Jugend“, um seine Eltern, die Gymnasialzeit und erste Bindungen. Tatsächlich ist die Quellenlage weit weniger dünn als man vermuten könnte. Heinrich verhandelt etwa Marx' Abituraufsätze, seine zu Beginn ambivalenten Beziehungen zum Judentum und zur Religion wie auch das Familienleben. Die Teile zu Marx' Eltern sind von besonderer Qualität und widersprechen, begründet auf guten Recherchen, in fundamentaler Weise dem üblichen Narrativ vom konformistischen Vater und der eingebildeten Mutter. Hierzu studierte Heinrich verfügbare Briefwechsel, auffindbare biographische Details sowie auch juristische Denkschriften des Vaters. Nicht umsonst: Henriette Presburg erscheint dadurch plötzlich als geistreiche und politisch interessierte Frau, wenngleich von der späteren Karriere des Sohnes nicht unbedingt begeistert. Heinrich Marx scheint keineswegs der opportunistische Beamten-Duckmäuser gewesen zu sein, als der er in gängigen Biographien dargestellt wird, sondern ein mitunter radikalierter und an den Idealen der Aufklärung geschulter Liberaler. Der erste Teil enthält auch spannende Ausführungen zur Sozialstruktur und politischen Lage Triers, zum Bildungssystem, das Marx durchlaufen hat, der Stellung von Juden und Jüdinnen sowie zu den Familienstrukturen der damaligen Zeit.

Der zweite Abschnitt behandelt Marx' Studienzeit in Bonn und Berlin, in die auch die Verlobung mit seiner späteren Frau Jenny von Westphalen fällt. Die Schilderung der Lebensverhältnisse des jungen Marx umfasst Kneipenleben, verschwenderischen Lebensstil, Unklarheiten über die intellektuellen Interessen und auch die erste intellektuelle Krise, in der Marx sein Interesse an der Dichtung – durchaus mit

Begabung – aufgab und zur Philosophie wechselte. Die Familienverhältnisse waren in dieser Phase durchaus schwierig, insbesondere weil die etwas ältere Jenny einiges aufgab, um in der alten Heimat jahrelang auf den jüngeren Karl zu warten. Das Verhältnis der beiden Familien ist weitaus komplexer als gängige Biographien darstellen, wo der jüdische Draufgänger Karl und die reiche adelige Jenny ein seltsames Paar abgeben. Jennys Vater Johann Ludwig war Marx schon lange vor der Beziehung zur Tochter stets ein väterlicher Freund, von der Verbindung positiv angetan (obwohl es in der Familie viel Widerspruch gab) und unterstützte die beiden. Der soziale Hintergrund der beiden Familien war offensichtlich auch nicht von großen Unterschieden geprägt: So wie Jennys Familie gehörte auch jene von Karl zu den obersten 6–8 Prozent der Trierer Bevölkerung, war doch Heinrich Marx ein angesehenen Anwalt, und die Westphalens waren eher Teil des niederen Adels als aus königlichen Verhältnissen.

Der dritte Abschnitt stellt Marx' philosophische Entwicklung während der Dissertationszeit dar. Die Ausführungen hier sind entsprechend stärker theoretischer Art und zeichnen sich durch einige sehr interessante Abhandlungen über Marx' frühe Religionskritik und den Junghegelianismus aus. Allgemein wird der Junghegelianismus als einheitliche philosophische Strömung angenommen, in der sich radikale Denker gegen die preußische Staatsmacht und die theoretischen Ideologien der rechten Professoren und Staatsbeamten organisierten. Marx gehörte dieser Strömung an und gewann trotz jungen Jahren viel Ansehen unter Gleichgesinnten. Die Einheitlichkeit des Junghegelianismus wird von Heinrich jedoch überzeugend dekonstruiert und dadurch als Thema für weitere Auseinandersetzungen interessant aufbereitet.

Wiewohl Heinrichs Buch in inhaltlicher wie stilistischer Hinsicht fraglos ein Meisterwerk darstellt, wird es vermutlich eher für den harten Kern der Marx-Interessierten eine Pflichtlektüre werden. Mit Sicherheit setzt es aber einen Standard für Marx-Biographien, möglicherweise auch für das Biographie-Genre insgesamt, und wird wohl auch auf längere Sicht Bestand haben. Auf die beiden weiteren Bände darf man gespannt warten.



Marcello Musto (2018):
DER SPÄTE MARX.
EINE INTELLEKTUELLE BIO-
GRAFIE DER JAHRE 1881 BIS
1883;
Hamburg: VSA. 151 Seiten. 15,30
EUR.

Mit den letzten Lebensjahren von Marx befasst sich Marcello Musto, ein in Toronto lehrender Soziologe und Marxexperte, der bereits einige


aufschlussreiche Bücher zu Marx' Schaffen veröffentlichte. Die letzten Jahre von Marx verdienen durchaus eine besondere Aufmerksamkeit. Zwar hat er in diesen Jahren nichts mehr veröffentlicht, worauf der lange bestehende Eindruck ausgebliebener Forschungsarbeiten beruht, aber zahlreiche neue Studien betrieben, die mittlerweile in Form der historisch-kritischen Edition der Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA) zugänglich sind. Die letzten Jahre waren persönlich sehr schmerzhaft für Marx: Er musste den Tod seiner Frau Jenny von Westphalen (1814–1881) ebenso wie jenen seiner ältesten Tochter Jenny Caroline Longuet (1844–1883), die beide an Krebs starben, miterleben. Marx war darüber hinaus selbst kränklich und litt zuvorderst an einer Lungenkrankheit, die ihm eine Einschränkung seines Schaffens, insb. die Arbeit an den weiteren Bänden des Kapital auferlegte.

Das Aussetzen seiner üblichen Arbeiten gab ihm die Möglichkeit, in den Bereichen der Naturwissenschaften, der Anthropologie, sogar der Mathematik (er schrieb zwei ernstzunehmende Abhandlungen zur Differentialrechnung) und zu einigen politischen Ereignissen zu arbeiten, wovon umfangreiche und mit interessanten Einsichten versehene Exzerptheften zeugen. Gerade die Studien zur Anthropologie haben in den letzten Jahren einige spannende Debatten ausgelöst, da sie unterstreichen, wie wenig die Vorstellung des deterministisch denkenden Marx, der alle gesellschaftlichen Prozesse auf ökonomische Entwicklungsgesetze zurückführen würde, stimmt. Dies wird vor allem deutlich anhand der Analysen zur russischen Situation, die Marx aufgrund seiner Russischkenntnisse aus der Ferne verfolgte.

In diese Phase fällt auch ein berühmter Briefwechsel zwischen Marx und der russischen Sozialdemokratin Vera Sasulitsch, in dem diese Marx um seine Meinung über die Entwicklungsmöglichkeiten Russlands bat: Sollte die Sozial-

demokratie in Russland für die bürgerliche Revolution und den kapitalistischen Entwicklungsweg eintreten, um Russland aus der Rückständigkeit zu holen, oder bestünde nicht die Möglichkeit eines alternativen Entwicklungswegs, in dem die Phase des Kapitalismus übersprungen werden könne, und für den man eher eintreten sollte? Marx fand großes Interesse für diese Frage und studierte gründlich einen Monat lang, um eine Antwort zu finden, schien diese doch die Strategie der russischen Partei maßgeblich zu beeinflussen. Marx betonte dabei, dass seine Kommentare über den Kapitalismus als notwendiges Entwicklungsstadium ausschließlich auf Europa gemünzt waren und Entwicklungsmöglichkeiten nie aus der abstrakten Theorie, sondern immer aus konkreten Bedingungen und Konstellationen beurteilt werden müssen. Russland habe, so Marx, durchaus einige interessante Voraussetzungen, die einen alternativen Entwicklungsweg erlauben, nämlich die auf Gemeineigentum beruhenden Dorfgemeinden. Der Kapitalismus würde diese Strukturen zerstören, in Privateigentum überführen und damit Grundlagen für eine sozialistische Transformation zerstören. Für Marx war die Vision einer neuen Gesellschaft nie einfach nur das Ergebnis ökonomischer Gesetze, so wie es sich die deutsche Sozialdemokratie in ihrem politischen Passivismus vielfach vorstellte, sondern vielmehr das Ergebnis eines politischen Klassenkampfes.

Musto schildert zu Beginn des Buches die folgende Begebenheit eines Interviews mit Marx durch den amerikanischen Journalisten John Swinton: „In einer Minute des Schweigens ‚verhörte‘ er ‚den Revolutionär und Philosophen mit der Schicksalsfrage: Was ist das Gesetz des Seins?‘ Swinton spürte, dass sich der Geist von Marx für einen Moment ‚in sich gekehrt hatte, während er auf das tosende Meer vor ihm und die rastlose Menge am Strand blickte‘. Schließlich antwortete Marx ‚in einem tiefen und feierlichen Ton‘: ‚Kampf!‘“ (Musto 2018: 12) Die Antwort spiegelt wider, dass sich Marx' gesamte Theorie um die Frage der Formen und Bedingungen des Kampfes der arbeitenden Klassen für eine neue, sozialistische Gesellschaftsordnung drehte. Er blieb dabei Zeit seines Lebens ein offener, aufgeschlossener, interessierter und aktiver Analytiker. In seinen letzten Jahren widmete er sich dabei nicht nur dem Klassenkampf, sondern auch dem Kampf gegen den Kolonialismus in Irland, Indien, Ägypten und Algerien, wo er sich 1882 aus Gesundheitsgründen für 72 Tage aufhielt. Die Schilderung seiner Überlegungen zur arabischen Welt, die bisher nur Marx-Exegeten zugänglich waren, gehört zu einem der interessantesten Teile des Buches von Musto. Vom kolonialen Habitus der Europäer war Marx entsetzt und

angewidert; dafür vom gesellschaftlichen Umgang der Einheimischen, der nicht von europäischem Klassismus geprägt war, überrascht und fasziniert. Mindestens genauso interessant und humorvoll liest sich der Teil über Marx' Aufenthalt im Fürstentum Monaco, wo er für drei Wochen auf dem Rückweg Station machte und vom verschwenderischen Schlendrian der Reichen amüsiert in einem Brief an Tochter Eleanor berichtete. Ein Höhepunkt des Buches ist auch die Schilderung von Marx' Arbeitszimmer in London, die auf den Erinnerungen von Schwiegersohn Paul Lafargue beruht – alleine dafür lohnt sich die Lektüre dieses schmalen Bändchens. 

ARMIN PULLER

ist Redaktionsmitglied der ZUKUNFT.



SAGMEISTER & WALSH: Beauty

Sagmeister & Walsh, Logo SAGMEISTER & WALSH: Beauty, 2018

© Sagmeister & Walsh, New York



ZUKUNFT ABONNEMENT

Kupon ausschneiden
& einsenden an:

VA Verlag GmbH
Kaiser-Ebersdorferstraße 305/3
1110 Wien

Ich bestelle ein **ZUKUNFT**-Schnupperabo (3 Hefte) um 12,- Euro
 ein **ZUKUNFT**-Jahresabo (11 Hefte) um 49,- Euro

Name: _____

Straße: _____

Ort/PLZ: _____

Tel.: _____

E-Mail: _____

Unterschrift: _____